

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3191**

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

Vorsitzender des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother
Landeshaus
24105 Kiel

Nachrichtlich:

Präsidentin des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Frau Dr. Gaby Schäfer
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

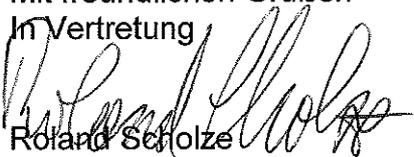
18. August 2014

Geschäftsbericht 2013 der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GmbH)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen gemäß § 14 Abs. 3 GMSHG den Geschäftsbericht 2013 der GMSH.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

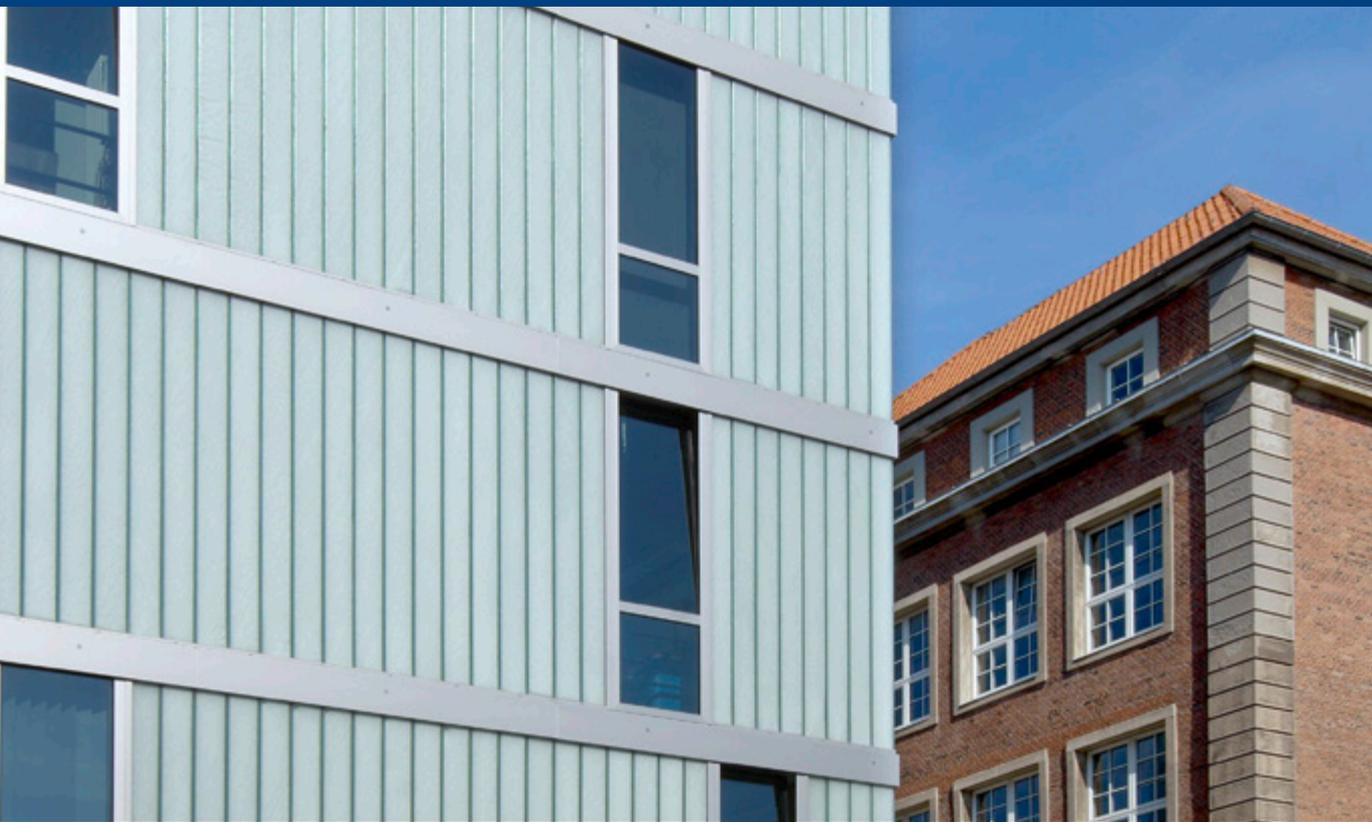

Roland Scholze

Geschäftsbericht 2013

**Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts**



Zentraler Dienstleister
für Bauen, Bewirtschaften und Beschaffen
Partner der Wirtschaft



Inhaltsverzeichnis

Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates	3
<hr/>	
Rechtliche Grundlagen und Aufgaben	4
<hr/>	
Bericht der Geschäftsführung	6
Entwicklung des Unternehmens	6
10 Jahre Zertifizierung des Umweltmanagementsystems der GMSH nach EMAS	7
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	8
<hr/>	
Die operativen Geschäftsbereiche	10
Bundesbau	10
Landesbau	17
Gebäudebewirtschaftung	30
Beschaffung	36
<hr/>	
Lagebericht	42
Grundlagen des Unternehmens	42
Wirtschaftsbericht	42
Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf	42
Ertragslage	42
Finanzlage	45
Vermögenslage	45
Nachtragsbericht	46
Risiko- und Chancenbericht	46
Prognosebericht	47
<hr/>	
Jahresabschluss	50
Bilanz	50
Gewinn- und Verlustrechnung	52
Anhang	53
Organe	59
Bestätigungsvermerk	61
Gewinnverwendungsbeschluss	62
<hr/>	
Abkürzungsverzeichnis	63
Impressum	64

Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat in Wahrnehmung der ihm nach dem Gesetz sowie der Satzung der GMSH obliegenden Aufgaben in jedem Geschäftsjahr zwei Sitzungen abzuhalten.

Die Sitzungen in dem Kalenderjahr 2013 haben am 18. Juni und am 25. November stattgefunden.

Die Geschäftsführung hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf, über grundsätzliche Fragen der Unternehmensentwicklung sowie die wirtschaftliche und finanzielle Lage der GMSH umfassend unterrichtet. Der Verwaltungsrat hat sich mit den vorgelegten Quartalsberichten befasst. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates hat sich darüber hinaus in Besprechungen über alle wichtigen Vorgänge des Geschäftsbetriebes durch die Geschäftsführung unterrichten lassen.

Der Verwaltungsrat hat sich von dem Jahresabschlussprüfer in der Sitzung am 18. Juni 2013 die Prüfungsergebnisse des Jahresabschlusses 2012 ausführlich erläutern lassen und zur Kenntnis genommen, dass sich keine Einwendungen ergeben hätten und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden sei. Darüber hinaus hat er davon Kenntnis genommen, dass der Wirtschaftsprüfer bestätigt habe, dass er im Rahmen seiner Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) und die dazu vom Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein erlassenen Grundsätze beachtet habe und dass sich keine Besonderheiten ergeben hätten, die nach seiner Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung gewesen seien.

Der Verwaltungsrat hat sich ferner mit dem von der Geschäftsführung erstellten Geschäftsbericht sowie dem Jahresabschluss 2012 mit Lagebericht befasst und der Geschäftsführung Entlastung erteilt. Der Verwaltungsrat hat den aufgestellten Jahresabschluss festgestellt und dem Lagebericht sowie dem Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Bilanzgewinns zugestimmt.

Der Verwaltungsrat dankt der Geschäftsführung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GMSH für die im Jahr 2013 geleistete Arbeit.



Kiel, den 1. Juli 2014

Staatssekretär Thomas Losse-Müller
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Rechtliche Grundlagen und Aufgaben¹

Die GMSH wurde aufgrund des Gesetzes zur Errichtung der Gebäude-management Schleswig-Holstein (GMSHG) mit Wirkung vom 15. Juni 1999 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet. Sie hat ihre Tätigkeit mit Wirkung vom 1. Juli 1999 aufgenommen und wurde am 11. Januar 2000 in das Markenregister eingetragen.

Die GMSH ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichtes Kiel unter der Register-Nr. A 3948. Sie hat ihren Sitz in 24103 Kiel, Gartenstraße 6.

Alleiniger Träger der GMSH ist das Land Schleswig-Holstein.

Die GMSH ist das Organ des Landes und des Bundes für die Wahrnehmung staatlicher Bauherren- und Planungsaufgaben. Darüber hinaus ist die GMSH mit der Aufhebung der LVSH seit dem 1. Januar 2011 auch das Organ des Landes für die Wahrnehmung der Bewirtschaftungsaufgaben. In dieser Ausrichtung ist die GMSH auch zuständig für die Koordinierung und Deckung des Bedarfes des Landes an Verwaltungsgebäuden. Weiterhin ist die GMSH im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes im eigenen Namen zuständig für die Abwicklung der notwendigen Beschaffungen für Landesbehörden. Die GMSH kann Bau-, Bewirtschaftungs- und Beschaffungsleistungen im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes auch für die Hoheitsbereiche sonstiger Träger der öffentlichen Verwaltung erbringen.

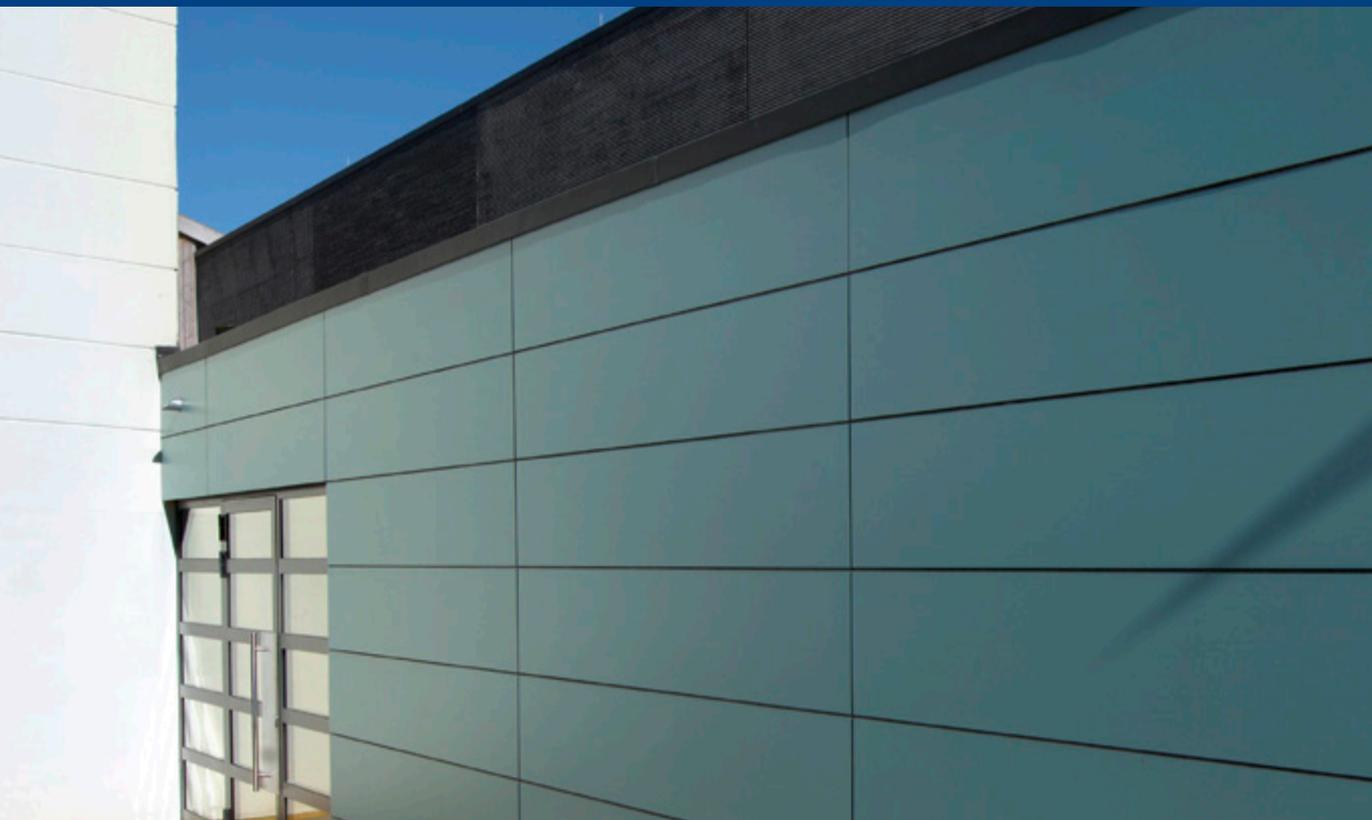
Als Betrieb gewerblicher Art ist die GMSH darüber hinaus in dieser umfassenden Ausrichtung auch tätig für öffentliche Einrichtungen, soweit diese Einrichtungen selbst nicht hoheitlich tätig sind, sowie für private Einrichtungen, an denen Träger der öffentlichen Verwaltung mehrheitlich beteiligt sind oder die überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Die GMSH sorgt für Effizienzsteigerungen in allen Bereichen des staatlichen Bauens, der Gebäudebewirtschaftung und der Beschaffung und trägt so zu einer nachhaltigen Entlastung des Landeshaushalts bei.

Das gezeichnete Kapital der Anstalt beträgt 8,0 Millionen Euro. Es ist in voller Höhe eingezahlt. Die Gewinnrücklage ist mit einer satzungsmäßigen Rücklage in Höhe von 1,92 Millionen Euro und einer anderen Gewinnrücklage in Höhe von 4,24 Millionen Euro – insgesamt mit 6,16 Millionen Euro ausgewiesen.

¹ Stand: 14. Mai 2014

Bericht der Geschäftsführung



Bericht der Geschäftsführung

Entwicklung des Unternehmens

In dem Geschäftsbereich Landesbau stand einem erwarteten Rückgang der über den Einzelplan 12 finanzierten Maßnahmen ein Anstieg der ressortfinanzierten Maßnahmen, insbesondere im Hochschulbereich und im Bereich der Polizei, gegenüber. Insgesamt war dennoch ein unerwartetes Absinken des Bauvolumens auf 93,4 Millionen Euro zu verzeichnen, da die Mittelabflüsse für die im Rahmen der vom Land zusätzlich aufgelegten Sonderprogramme (medizinische Forschungsbauten, Hochschulsanierung, PROF1) sowie die Mittelabflüsse bei den vom UKSH finanzierten Maßnahmen geringer ausfielen als geplant. In beiden Fällen handelt es sich allerdings um eine Verschiebung der Vorhaben, die in den Folgeperioden zu entsprechend höheren Bauausgaben führen wird.

Neben den vorstehend aufgeführten bauvolumenabhängigen Aufgaben war der Geschäftsbereich Landesbau weiterhin mit der Planung zusätzlicher Maßnahmen aus den Sonderprogrammen, die nach derzeitigem Kenntnisstand noch weiter aufgestockt werden sollen, befasst. Darüber hinaus waren umfangreiche Grundsatzaufgaben, wie die Auswirkungen der novellierten HOAI, die Umsetzung des Tariftreuegesetzes, zusätzliche Regelungen zum HBBau sowie immer differenziertere Verfahrensvereinbarungen mit den verschiedenen Nutzern, umzusetzen. Die Kapazitäten des Bereiches waren damit im Jahr 2013 ausgelastet und werden nach den vorliegenden Planungen auch in den Folgejahren ausgelastet sein.

Die Entwicklung in dem Geschäftsbereich Bundesbau war in dem Jahr 2013 – ebenso wie in dem vorangegangenen Jahr – weiterhin geprägt von den Auswirkungen der Ende 2011 beschlossenen Stationierungsentscheidung der Bundeswehr. Der hierdurch ausgelöste Stopp von Bauvorhaben führte auch im Jahr 2013 nochmals zu einem weiteren leichten Rückgang der Bauumsätze auf 70,6 Millionen Euro. Gleichzeitig wurden allerdings vor dem Hintergrund der beschlossenen Neuausrichtung der Bundeswehr neue Planungsaufträge über das AfB erteilt, so dass für das Jahr 2014 und die Folgejahre ein Anstieg der Bauumsätze auf 100 bis 120 Millionen Euro erwartet wird. Der erwartete Anstieg der Bauumsätze ist auch darauf zurückzuführen, dass der Geschäftsbereich Bundesbau die bauliche Betreuung von zusätzlich 260 hochbaulichen Objekten, die zuvor von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung wahrgenommen wurde, übernimmt. Darüber hinaus hat der Bund ein Sonderprogramm „Energetische Sanierung ziviler Bundesliegenschaften“ aufgelegt, das für Schleswig-Holstein bis 2020 Bauausgaben in Höhe von 56 Millionen Euro vorsieht.

Unter Berücksichtigung der zusätzlich wahrzunehmenden umfangreichen bauausgabenunabhängigen Aufgaben wird auch weiterhin von einem unveränderten Personalbedarf für die Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes ausgegangen.

In dem Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung hat sich der Trend eines leichten und stetigen Aufwuchses fortgesetzt. Mit Jahresbeginn 2013

wurden insbesondere aus den Bereichen des Landesbetriebes für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN-SH) und der Justizvollzugsverwaltung weitere Aufgaben übernommen.

Nach Neuaufbau der beiden großen von dem Geschäftsbereich genutzten IT-Systeme in den Vorjahren – SAP für die kaufmännische Bewirtschaftung und pit-FM als CAFM-System zur Unterstützung des technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagements – konnte sich der Geschäftsbereich in dem abgelaufenen Jahr noch intensiver auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Ein besonderer Schwerpunkt lag hierbei im technischen Betriebsmanagement. Hier wurde wieder verstärkt an Prozessoptimierungen gearbeitet, um im laufenden Tagesgeschäft nicht nur alle gesetzlichen Betreiberpflichten zu erfüllen, sondern auch den Werterhalt der gebäudetechnischen Anlagen sowie deren energie- und kostenoptimierten Betrieb zu gewährleisten. Ein weiterer Akzent wurde mit der Erstellung eines aktuellen, sich über eine 40-jährige Verbrauchs- und Kostenhistorie erstreckenden Energieberichts gesetzt.

Die Entwicklung in dem Geschäftsbereich Beschaffung war im Jahr 2013 gekennzeichnet durch einen moderaten Anstieg des Beschaffungsvolumens von Material und Dienstleistungen im eigenen Namen auf 31,5 Millionen Euro sowie einen mit + 42,7 Prozent außerordentlich kräftigen Anstieg des Ausschreibungsvolumens, das die GMSH im Namen und für Rechnung der Landesdienststellen oder der sonstigen Träger der öffentlichen Verwaltung durchführt. Das Ausschreibungsvolumen wurde über 1031 Ausschreibungsverfahren an den Markt gebracht, die ohne jede Beanstandung rechtssicher, effizient und papierlos über die elektronische Vergabeplattform abgewickelt wurden.

Neben der Wahrnehmung des Tagesgeschäftes wurde auch das von dem Geschäftsbereich IT und Organisation betreute Projekt der Weiterentwicklung der elektronischen Vergabe aus dem Bereich Beschaffung intensiv begleitet.

10 Jahre Zertifizierung des Umweltmanagementsystems der GMSH nach EMAS

Im Jahre 2004 hatte sich die GMSH entschieden, ein Umweltmanagementsystem auf der Grundlage des europäischen EMAS-Standards (Eco-Management and Audit Scheme) einzuführen. Die wesentlichen Aspekte des anspruchsvollen Umweltmanagementsystems liegen in der jährlichen Zertifizierung durch einen externen Umweltgutachter, die u. a. auf dem Nachweis einer jährlich zu steigenden Umwelleistung basiert, der entsprechenden Außenwirkung gegenüber Kunden, Lieferanten und dem Gewährträger sowie in der Aufdeckung von Ressourcen und damit Kosteneinsparungen und der Erlangung von Rechtssicherheit. Durch den Umweltmanagementbeauftragten werden die relevanten Umweltdaten des laufenden Jahres zusammengetragen, um die – gemäß EMAS III – jährlich zu steigende Umwelleistung der GMSH zu dokumentieren. Diese Daten beziehen sich auf die direkten Umweltfaktoren (z. B. Strom, Heizenergie, Wasser) und die indirekten (z. B. CO₂-Emissionen der Dienstfahrzeuge) und fließen in die jährlich zu erstellende Umwelterklärung ein.

Die Umwelleistungen der GMSH wurden in den letzten zehn Jahren durchgehend von einem unabhängigen Gutachter überprüft mit dem Ergebnis, dass die GMSH am Ende jeder Auditierung das Gütesiegel des EMAS-Zertifikats erhalten

hat. Die GMSH dokumentiert ihr anhaltendes Engagement für den Umweltschutz und die Einhaltung höchster Umweltstandards auch dadurch, dass sie mit der Verleihung des EMAS-Zertifikates durch die Verwendung des EMAS-Logos auf ihrem Briefpapier, auf Broschüren, auf der Internetseite und auf der vor der Zentrale aufgezogenen EMAS-Flagge wirbt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In der GMSH waren per 31. Dezember 2013 insgesamt 1.274 (1.274²) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon waren 124 (125) Beamtinnen und Beamte und 1.150 (1.149) Beschäftigte. Im Durchschnitt des Jahres 2013 waren 1.113,32 (1.109,36) Vollkräfte (VK) bei der GMSH tätig. Am 31. Dezember 2013 betrug das Durchschnittsalter 48,32 (48,36) Jahre.

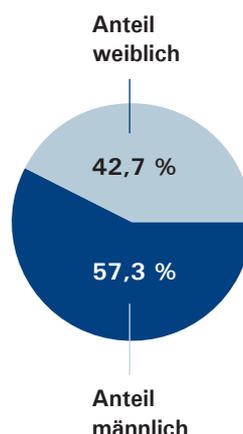
Die Entwicklung des Personalbestandes in VK seit 31.12.2000:



Die Entwicklung des Personalbestandes in Kopfzahlen und in VK (einschließlich Beurlaubte) seit 31.12.2000:

31.12.	Gesamtzahl ³	Gesamt VK ⁴
2000	1.264	964,79
2001	1.432	1.157,72
2002	1.354	1.108,72
2003	1.291	1.063,33
2004	1.252	1.040,61
2005	1.188	1.003,52
2006	1.168	983,92
2007	1.118	938,86
2008	1.169	977,06
2009	1.266	1.048,63
2010	1.282	1.119,52
2011	1.284	1.128,94
2012	1.274	1.109,36
2013	1.274	1.113,32

Frauenquote in der GMSH (gesamt):



² Klammerangaben bedeuten Vorjahresstand

³ Gesamtzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich Beurlaubte) zum jeweiligen Stichtag

⁴ Die Vollkraftzahl gibt die durchschnittlich in dem jeweiligen Jahr eingesetzten Mitarbeiterkapazitäten, die Personalkosten verursacht haben, wieder.

Die operativen Geschäftsbereiche



Die operativen Geschäftsbereiche

Bundesbau

Grundlagen

Der Geschäftsbereich Bundesbau (GBB) nimmt die Bauaufgaben des Bundes in Schleswig-Holstein wahr. Dabei handelt er im Namen und auf Rechnung des Bundes (Organleihe). Im Gegenzug erstattet der Bund die entstandenen Ist-Kosten auf der Basis der Kosten- und Leistungsrechnung.

Oberste technische Instanzen sind im Bundesbau das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB; vorher Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) bzw. das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Seine Aufträge erhält der Geschäftsbereich Bundesbau (Baudurchführende Ebene) über das Amt für Bundesbau beim Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein (AfB, Fachaufsicht führende Ebene). Auf der Grundlage des bestehenden Verwaltungsabkommens mit dem Bund ist die GMSH auch in Organleihe für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) tätig. Dabei erfolgt die Beauftragung für Bauunterhaltungsmaßnahmen von der BlmA direkt an die GMSH.

Organisationsentwicklung

Aufgrund der regionalen Aufgabenverteilung im Bundesbau (z. B. große Kasernenstandorte) ist der Geschäftsbereich an zwölf Bürostandorten in der Fläche Schleswig-Holsteins präsent. Die Aufbauorganisation gliedert sich in sechs jeweils landesweit zuständige Fachbereiche, die sich in vorwiegend regional tätige Fachgruppen unterteilen. Die Zusammenarbeit der Fachbereiche wird jeweils maßnahmenbezogen interdisziplinär in Projektmanagementstrukturen organisiert.

Die Aufbau- und Ablauforganisation des Geschäftsbereichs Bundesbau unterstützt bei Schwankungen im regionalen Aufgabenvolumen den Kapazitätsausgleich zwischen den Fachgruppen. In Folge der Stationierungsentscheidung des BMVg werden sich in den nächsten Jahren die baulichen Schwerpunkte zwischen den Bürostandorten verlagern. Dies führt innerhalb des Bundesbaus zu Personalumsetzungen zwischen den Bürostandorten.

Neben der Ausrichtung auf die landesweit einheitliche Ablauforganisation liegt der Schwerpunkt der inneren Organisationsentwicklung weiterhin in der Stärkung der operativen Verantwortung der Fachgruppen. Dort werden neben den Bauunterhaltungsmaßnahmen auch geeignete kleine Baumaßnahmen federführend und in Eigenerledigung bearbeitet, wodurch die fachliche Verantwortung und die Rolle der Fachgruppen weiter gefestigt werden.

Demgegenüber obliegt den Projektmanagementbereichen die Steuerung der Großen Baumaßnahmen, zu deren Bearbeitung weitgehend freiberuflich tätige Architekten und Ingenieure (FbT) hinzugezogen werden. Um die Zusammenarbeit der jeweiligen Projektleitung mit FbTs zukünftig schlanker zu gestalten, wurde im Jahresverlauf ein Konzept zur personellen Verstärkung der Projektmanagementbereiche mit Ingenieurkräften (Projektingenieure) erarbeitet.

In diesem Zuge werden zum Jahresbeginn 2014 wesentliche Anteile der Überwachungsaufgaben, die bisher aus den Fachgruppen wahrgenommen wurden, in den Fachbereich Zentrale Bauherrenaufgaben verlagert. Eine Aufstockung des Personalkörpers ist damit nicht verbunden.

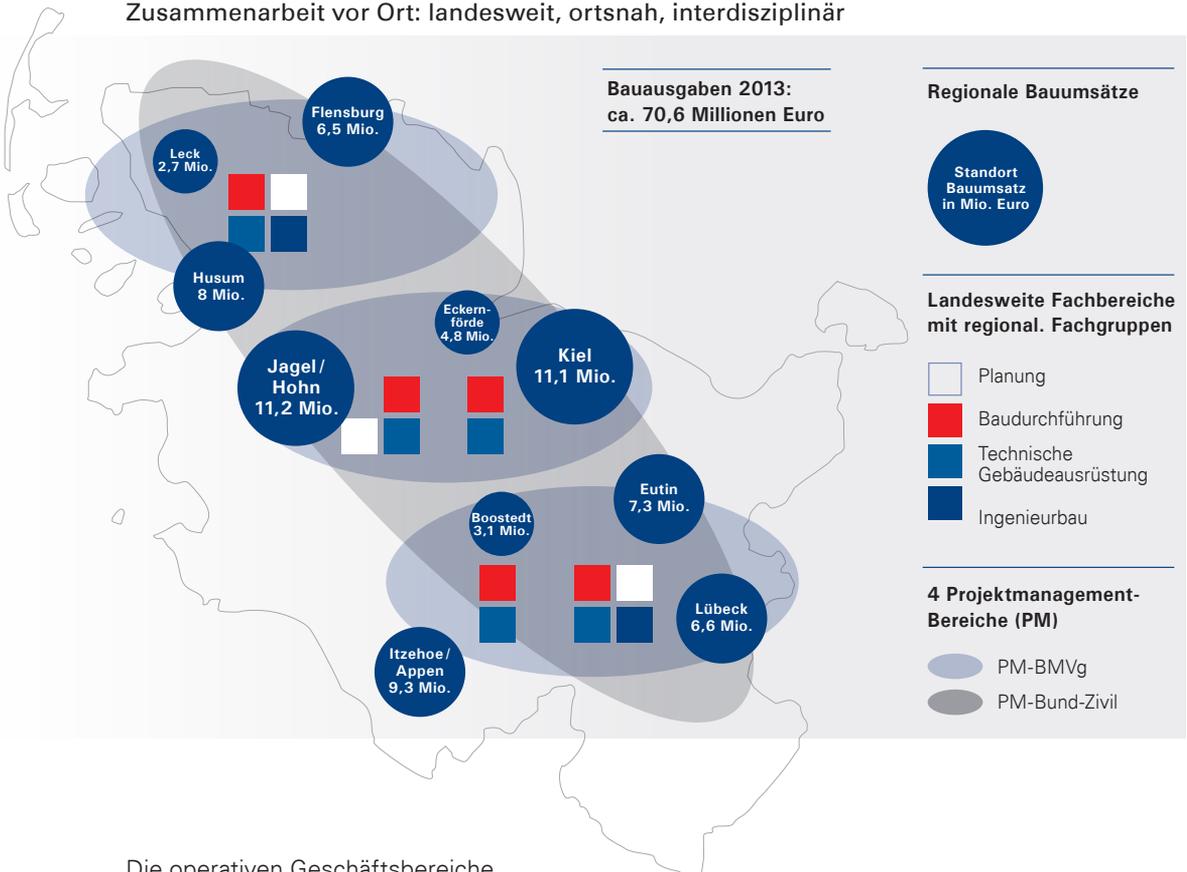
Die Zusammenarbeit mit der BlmA gestaltet sich weiterhin konstruktiv. Jedoch entsteht durch die Vielzahl der kleinteiligen Einzelaufträge (ca. 60 Prozent aller BlmA-Aufträge liegen unter 10.000 Euro), durch unklare Bedarfsforderungen sowie durch fehlende Deckungskreise zwischen den einzelnen Bauunterhaltungsmaßnahmen nach wie vor ein hoher administrativer Bearbeitungsaufwand bei der GMSH. Um dem entgegenzuwirken wurde festgelegt, dass Instandsetzungsmaßnahmen bis zu einer Auftragshöhe von 10.000 Euro zukünftig von der BlmA selbst durchgeführt werden, sofern zu deren Umsetzung kein bautechnischer Sachverstand erforderlich ist. Im Jahresverlauf ist dadurch jedoch noch keine signifikante Veränderung der Beauftragungsstruktur bzw. keine Reduzierung des Bearbeitungsaufwands eingetreten.

Da die Rechnungen für Baumaßnahmen der BlmA über die zentrale Stelle der BlmA in Potsdam und nicht über die Bundeskassen angeordnet werden, wurde untersucht, ob GMSH-intern auf die Einbindung der Fachgruppe Haushalt verzichtet werden könnte. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Einbindung der Fachgruppe Haushalt zwar rechtlich nicht zwingend erforderlich ist. Jedoch wird aus Gründen der Qualitätssicherung die bisherige Verfahrensweise beibehalten.

Der Bürostandort Boostedt wurde in Folge der angekündigten Schließung der Rantzaus-Kaserne zum Jahresende 2013 geschlossen.

Für den Bürostandort Leck wird weiterhin eine alternative Unterbringung untersucht. Die zunächst angestrebte Unterbringung innerhalb der General-Thomsen-Kaserne in Stadum ist nicht möglich.

Zusammenarbeit vor Ort: landesweit, ortsnah, interdisziplinär



Personalentwicklung

Das Personalentwicklungsgespräch gemäß Artikel 1 (3) des Verwaltungsabkommens fand am 12. August 2013 in Berlin statt. Demnach hat die bisherige strategische Ausrichtung („Eckwerte der Aufgabenerledigung“) als Zielvorstellung weiterhin Gültigkeit und der jetzige Personalstand für Bundesaufgaben in der GMSH ist mit ca. 313 Vollkräften beizubehalten. Davon sind bis zu 250 Vollkräfte als Ingenieur- und Technikerkräfte vorzusehen, zuzüglich des Personals, das in der Personalbemessung den Zentralen Diensten zugerechnet wird (Fachbereich Steuerung-Koordination-Baurecht, Assistenz- und Supportkräfte, Haushalt, Vergabe- und Vertragswesen).

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 waren im Geschäftsbereich Bundesbau 262,67 Vollkräfte tätig (davon ca. 217,47 Vollkräfte Ingenieur- und Technikerkräfte sowie ca. 45,20 Vollkräfte Zentrale Dienste). In den gemeinsam für Bundes- und Landesbau tätigen Bereichen des Geschäftsbereichs Landesbau werden die jeweiligen Vollkräfteanteile für Bundes- oder Landesbauaufgaben über interne Leistungsverrechnung auf Basis der Kosten- und Leistungsrechnung ermittelt. Demnach waren dort ca. 41,52 Vollkräfte für Bundesbauaufgaben tätig (davon ca. 18,81 Vollkräfte Ingenieur- und Technikerkräfte sowie ca. 22,71 Vollkräfte Zentrale Dienste). Mithin sind für Bundesbauaufgaben ca. 236,28 Vollkräfte als Ingenieur- und Technikerkräfte bzw. einschließlich des Zentrale Dienste-Anteils (ca. 67,91 Vollkräfte) insgesamt ca. 304,19 Vollkräfte tätig (Vorjahreswert 305,07 Vollkräfte).

Als weiteres Ergebnis aus dem Personalentwicklungsgespräch mit dem Bund soll die Beamtenausbildung in der GMSH auch über den eigenen Bedarf hinaus weiter intensiviert werden, so dass die Einstellungen von Referendaren und Anwärtern für den jeweiligen Vorbereitungsdienst nunmehr jährlich erfolgen. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 befanden sich zwei Referendare und drei Anwärter im Vorbereitungsdienst.

Kostenerstattung

Für die Aufgabenwahrnehmung im Bundesbau wurde für das Jahr 2013 eine Kostenerstattung (VKE) in Höhe von 41,0 Millionen Euro angemeldet (davon 28,6 Millionen Euro GMSH Selbstkosten). Die ursprüngliche Mittelanmeldung für FbT-Honorare belief sich für das Jahr 2013 auf 9,5 Millionen Euro. Wegen des angekündigten Anstieges des Aufgabenvolumens wurden zum Jahresbeginn zusätzliche Honorarmittelbedarfe gemeldet. Da sich der Aufgabenanstieg jedoch verzögerte, reduzierte sich die Prognose der FbT-Honorarausgaben für das Jahr 2013 wieder auf den ursprünglichen Wert.

Für die Aufgabenwahrnehmung der GMSH im Bundesbau beträgt die Kostenerstattung im Jahr 2013 ca. 35,3 Millionen Euro (Vorjahreswert 36,7 Millionen Euro). Darin enthalten sind die Honorarzahlungen an FbT in Höhe von ca. 8,7 Millionen Euro (Vorjahreswert 10,9 Millionen Euro).

Im eVKE Berichtswesen wurden die FbT-Honorarmittel für das Jahr 2014 in Höhe von 14 Millionen Euro und für das Jahr 2015 in Höhe von ca. 17 Millionen Euro angemeldet.

Die Ursachen für die – in Relation zu den getätigten Bauausgaben – hohe Kostenerstattung liegen im Wesentlichen begründet in den umfangreich erbrachten Planungsaufwendungen, die noch nicht zu Bauausgaben geführt haben bzw. als verlorene Planungsleistungen zu verzeichnen sind, sowie in den nach wie vor umfangreichen Aufgaben, die als baukostenunabhängige Leistungen gelten (z. B. RÜV-Zivil, RÜV-BMVg, LISA, Gutachten und Beratungsleistungen). Die Ist-Aufwendungen für die baukostenunabhängigen Aufgaben (Endkostenträger „Weitere baufachliche Aufgaben“ im Sinne des eVKE Berichtswesens) liegen mit ca. einem Viertel der Gesamtaufwendungen in der Größenordnung der Vorjahre.

Das eVKE Berichtswesen soll auf Grund der Erlasslage des Bundes von einer bisher halbjährlichen Meldung (April und September) auf eine vierteljährliche Meldung der Ist-Daten bzw. der Prognosen ausgeweitet werden. Hierzu wurden die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Da sich die bisherige Datenerhebung aus dem KLR-System und dem HHV-System als sehr aufwändig darstellte, wurde eine Softwareunterstützung mit SAP BW untersucht. Als nächster eVKE Berichtstermin ist Februar 2014 vorgegeben.

Aufgabenentwicklung

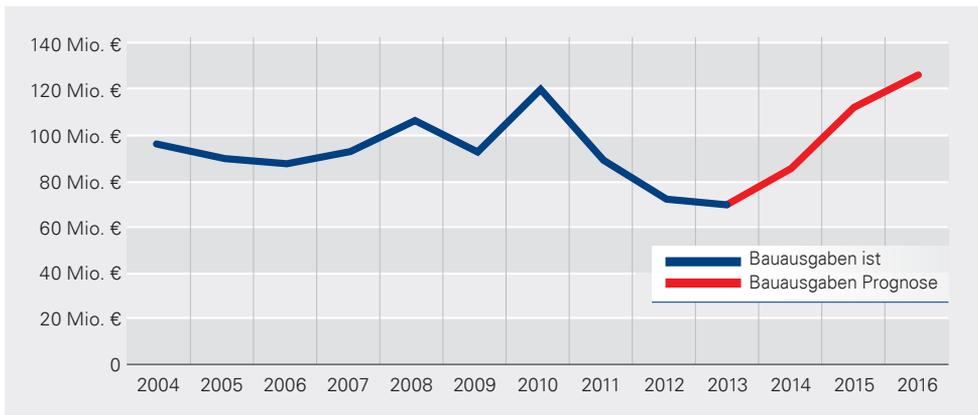
Im Zuge der Stationierungsentscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung entwickelt sich der Auftragseingang für Kleine und Große Baumaßnahmen seit 2011 rückläufig. Für das Jahr 2013 wurde zur Umsetzung der Bundeswehrreform zunächst ein stark anwachsendes Aufgaben- und Bauausgabevolumen (ca. 100 Millionen Euro) angekündigt, jedoch verzögerten sich der Eingang der erwarteten Planungsaufträge bzw. die damit verbundenen geplanten Baubeginne.

Insgesamt beliefen sich die Bauausgaben im Bundesbau im Jahr 2013 auf ca. 70,6 Millionen Euro (Vorjahreswert ca. 73,4 Millionen Euro). Die in den Mittelabflussbesprechungen (UFIS- bzw. Invest-Besprechungen) abgestimmten Bauausgabenziele wurden in der Gesamtsumme erreicht. Minderausgaben in einigen Bereichen (z. B. nutzerspezifische Bauunterhaltung BMVg) konnten durch Mehrausgaben in anderen Bereichen (z. B. Bauunterhaltung BImA) kompensiert werden. Der Anteil der kapazitätsintensiven Bauunterhaltungsmaßnahmen lag mit ca. 36,0 Millionen Euro bei 51 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahreswert ca. 32,0 Millionen Euro bzw. 43 Prozent).

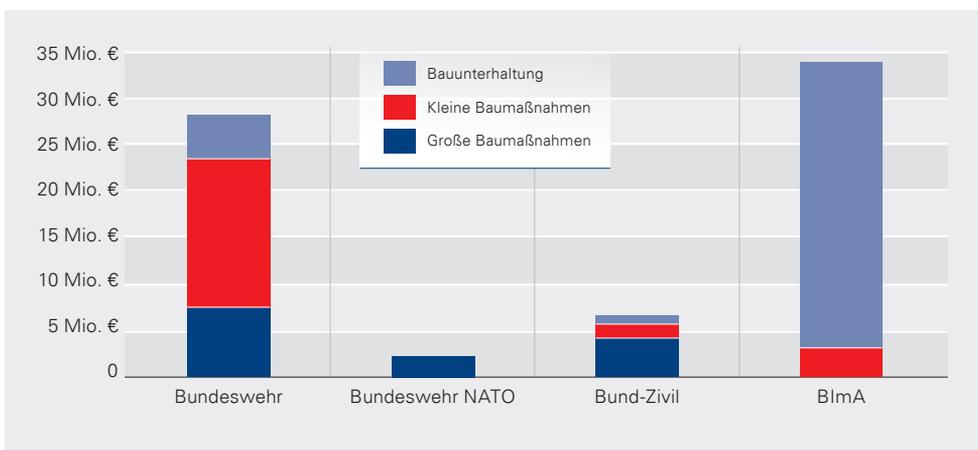
Für das Jahr 2014 belaufen sich die Baubedarfe des Bundes auf ca. 90 Millionen Euro. Für die beiden Folgejahre ist ein weiterer Anstieg der Baubedarfe auf ca. 135 bis 145 Millionen Euro angekündigt.

Der Anteil der jährlichen Bauausgaben für die Bauunterhaltung wird mit ca. 40 Millionen Euro weiterhin auf hohem Niveau liegen und entsprechende Personalkapazitäten binden.

Bauumsatzentwicklung über die Jahre 2004 – 2016



Bauumsatzvolumen 2013 nach Trägern



Dieser Aufgabenentwicklung begegnet der Geschäftsbereich Bundesbau mit der Ausweitung der Eigenerledigung bei der Bauunterhaltung und bei Kleinen Baumaßnahmen. Wie bereits in den Vorjahren wurde die Bauunterhaltung weitgehend durch eigenes Personal erbracht. Gleiches gilt für die Bauherrenleistungen; externe Projektsteuerungsbüros wurden nicht hinzugezogen. Ein längerfristiger Personaleinsatz, z. B. für die Eigenerledigung der Baudurchführung bei Großen Baumaßnahmen, wurde vermieden, um bei zukünftig wieder anwachsenden Auftragseingängen flexibler reagieren zu können.

Für den Energetischen Sanierungsfahrplan Bundesliegenschaften (ESB) sind im Zivilen Bundesbau Bauausgabeziele in Höhe von 56 Millionen Euro bis zum Jahr 2020 angekündigt. In Schleswig-Holstein sind für das Programm aktuell acht Vorabmaßnahmen vorgesehen. Eine projektbezogene Ressourcenplanung zur Abarbeitung der mit dem ESB verbundenen Bauvorhaben ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Zunächst sind liegenschaftsbezogene Energiekonzepte und damit verbundene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu erarbeiten. In wie weit die vom Bundesministerium der Verteidigung genutzten Liegenschaften zusätzlich in das Sanierungsprogramm mit aufgenommen werden, ist für den Geschäftsbereich Bundesbau nicht absehbar.

Aufgrund eines Bundeserlasses sollte der Geschäftsbereich Bundesbau in der ersten Jahreshälfte 2012 die Planung und Durchführung derjenigen Wasserbaumaßnahmen in den vom Bund genutzten Liegenschaften übernehmen, die bislang von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) wahrgenommen wurden. Die Aufgabenübertragung an den Geschäftsbereich Bundesbau wurde jedoch vom Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein gestoppt, weil von dort aus eine Aufgabenübertragung an den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN-SH) favorisiert wird. Ein entsprechendes Verwaltungsabkommen zwischen dem Land und dem Bund liegt inzwischen vor. Auf dieser Grundlage soll der Geschäftsbereich Bundesbau nunmehr die Zuständigkeit für ca. 260 hochbauliche Objekte zusätzlich übernehmen (z. B. Landanschlusszentralen und Molenaufbauten), während sich die Zuständigkeit des LKN-SH auf die Bearbeitung der wasserberührten Objekte (z. B. Molen) beschränkt. Soweit sich daraus für den Geschäftsbereich Bundesbau zusätzliche Bauaufgaben ergeben, sollen diese von dem vorhandenen Personalkörper durchgeführt werden. Dies wird voraussichtlich zu Verzögerungen bei der Abarbeitung der Bauunterhaltungsaufgaben bei anderen Objekten führen.

Mit der Einführung des Leitfadens für Nachhaltiges Bauen ergeben sich für den Geschäftsbereich Bundesbau weitere Aufgaben. Für alle Großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Zivilen Bundesbau ist eine Zertifizierung der Objekte nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) im Silber-Niveau durchzuführen. Für alle anderen Bauvorhaben ist die sinngemäße bzw. grundsätzliche Anwendung des Leitfadens bzw. des BNB-Systems vorgesehen. Um diese Aufgaben zukünftig wahrnehmen zu können, wurden bislang fünf Beschäftigte des Bundesbaus als BNB-Koordinatoren geschult und zwei weitere Beschäftigte für die Koordinatorenschulung angemeldet. In wie weit diese Personalkapazitäten ausreichen oder zusätzliche Schulungen erforderlich werden, wird im kommenden Jahr auf Basis der ersten Erfahrungen mit dem BNB-System überprüft.

Wesentliche Baumaßnahmen, die 2013 abgeschlossen wurden:

- General-Thomsen-Kaserne Stadum, Sanierung von Unterkunftsgebäuden
- Fliegerhorst-Kaserne Husum, Sanierung der Sportanlagen
- Flugplatz Jagel, Erneuerung der Rollstraße Z-Line
- Flugplatz Jagel, Instandsetzung und Verlängerung der Start-/Landebahn 07/25
- Rantzau Kaserne Boostedt, Umbau/Sanierung des Unterkunftsgebäudes P3
- THW (Technisches Hilfswerk) Oldenburg, Neubau der Ortsdienststelle
- Max-Rubner-Institut (MRI) Kiel, Energetische Sanierung von Haus 2
- MRI Schädtebek, Energetische Sanierung der Verwaltung und Hygienestation
- MRI Schädtebek, Neubau eines Güllebehälters und einer Kläranlage
- Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) Kiel, Brandschutzmaßnahmen
- Zivildienstschule Kiel, Umsetzung des Brandschutzkonzepts

Wesentliche Planungsleistungen in 2013:

- Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg, Brandschutz und Energetische Ertüchtigung
- Julius-Leber-Kaserne Husum, Neubau eines Unterkunftsgebäudes
- Fliegerhorst-Kaserne Husum, Neubau und Grundsanierung von Unterkunftsgebäuden
- Wester-Ohrstedt, Erneuerung der Wärmeversorgung
- Flugplatz Jagel, Sanierung der Munitionslagerhäuser und Halle 154
- Marinestützpunkt Eckernförde, Neubau des technischen Bereichs
- Marinestützpunkt Eckernförde, Neubau einer Feuerwache
- Marinestützpunkt Eckernförde, Neubau und Sanierung von Unterkunftsgebäuden
- Marinestützpunkt Eckernförde, Sanierung des Gebäude 27 (Stabsgebäude)
- WTD 71 Surendorf, Neubau von Gebäude 01 und 02
- Marinestützpunkt Kiel, Neubau des technischen Bereichs
- Marinestützpunkt Kiel, Neubau einer Feuerwache
- Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord (WSD) Kiel, Kantinensanierung
- BlmA Kiel, Unterbringung Nebenstelle Feldstraße, BNB
- WSA Kiel-Holtenau, Erweiterung und Grundinstandsetzung des Dienstgebäudes
- Truppenübungsplatz Putlos, Neubau einer Feuerwache
- Rettberg-Kaserne Eutin, Sanierung der Gebäude 14, 24 und 31
- Zahlreiche Planungen für zentrale Managementsysteme (Gebäudeautomation, Medienverbrauchszähler, Absicherungstechnik)

Landesbau

Organisation und Personal

Der Geschäftsbereich Landesbau hatte neben den Baumaßnahmen des Einzelplans 12 umfangreiche Maßnahmen in Sonderprogrammen (Medizinische Forschungsbauten, Hochschulsanierung, PROFI und vom UKSH vorfinanzierte Maßnahmen) vorzubereiten bzw. umzusetzen. Es zeichnet sich ab, dass der derzeit vom Landtag bereits bestätigte Umfang der Sonderprogramme weiter erhöht wird. Da die genauen Volumina und die daraus abzuleitenden jährlichen Baumittel noch nicht abschließend feststehen, hat der Geschäftsbereich Landesbau seine Kapazitäten auf der Grundlage eigener Annahmen geplant, die jedoch dem Finanzministerium fortlaufend kommuniziert wurden.

Der Umfang der ressortfinanzierten Baumaßnahmen nahm weiter zu. Insbesondere im Hochschulbereich und im Bereich der Polizei fanden umfangreiche Baumaßnahmen außerhalb des Einzelplans 12 statt, die individuell abgerechnet wurden.

Im Jahresverlauf verfestigte sich die Perspektive, dass ab Mitte 2015 eine Vielzahl an Gebäuden auf beiden Campi des UKSH im Rahmen eines ÖPP-Verfahrens auf einen Dritten übertragen wird und damit hier die Tätigkeit des Geschäftsbereichs Landesbau endet. Deshalb wurde damit begonnen, einen möglichst geringen Anteil an Maßnahmen in Eigenerledigung umzusetzen und verstärkt Freiberuflich Tätige einzusetzen. Der Geschäftsbereich beabsichtigt, bis Ende 2015 das hier bisher eingesetzte Eigenpersonal vollständig mit anderen Vorhaben auszulasten. Gleichzeitig mit o. a. Aufwuchs an Vorhaben sinkt der Umfang der über den Kernhaushalt des Einzelplanes 12 zu realisierenden Bauvolumina bereits deutlich ab. Weil diese gegenläufigen Tendenzen sich jedoch nach derzeitiger Einschätzung für die Laufzeit der Sonderprogramme gegenseitig neutralisieren, verbleibt als Planungsbasis absehbar ein relativ konstantes Ausgabenniveau zwischen 110 und 115 Millionen Euro jährlich.

Die Sonderprogramme sind dadurch gekennzeichnet, dass neben den Baukosten die erforderlichen Leistungen der GMSH (Organleihkosten) sowie die FbT-Kosten in den Programmen bzw. bei der Ressortfinanzierung in den Einzelplänen der Ressorts veranschlagt sind.

Damit ist die Entwicklung der Personalkosten nicht mehr unmittelbar aus dem dafür bisher maßgeblichen Haushaltstitel ableitbar.

Der mit dem Wirtschaftsplan bestätigte vorhandene Personalbestand von 365 Vollkräften war Basis für alle in 2013 vorgenommenen Neueinstellungen (Stellennachbesetzungen), obwohl das Aufgabenvolumen und die Vorgaben des Landes zum Umfang der Eigenerledigung und zur Überwachung freiberuflich Tätiger sowie zusätzliche administrative Aufgaben (z. B. TTG, Änderung VOB, Mittelsteuerung Sonderprogramme, Verfahrensvereinbarungen mit UKSH und Hochschulen usw.) eigentlich eine Verstärkung erfordert hätten. Zwei zusätzliche Stellen wurden jedoch aufgrund gesonderter Vorgaben des Landes geschaffen: Im Rahmen der Verfahrensvereinbarung mit der Christian-Albrechts-Universität (CAU) wurde die Stelle des Key-Account-Managers eingerichtet, der die zentrale Ansprechperson der GMSH zur CAU sein soll. Für die Abwicklung von BOS-Maßnahmen ist projektbezogen zusätzlich ein Ingenieur erforderlich. Die Stellenbesetzungen erfolgen in 2014.

Sollte die angenommene verstetigte Entwicklung der Bauaufgaben auf dem aktuellen Niveau nicht eintreten, wird die Eigenerledigung bei Architekten- und Ingenieurleistungen erhöht werden. Perspektivisch ist daher die Deckungsfähigkeit zwischen den Haushaltsansätzen für freiberufliche Leistungen und Personalkosten des Landesbaus bedeutsam.

Kurzfristig ist jedoch wegen der planmäßig unter dem Bedarf angesetzten Personalausstattung mit Einschränkungen hinsichtlich des von den Ressorts erwarteten Service-Levels zu rechnen.

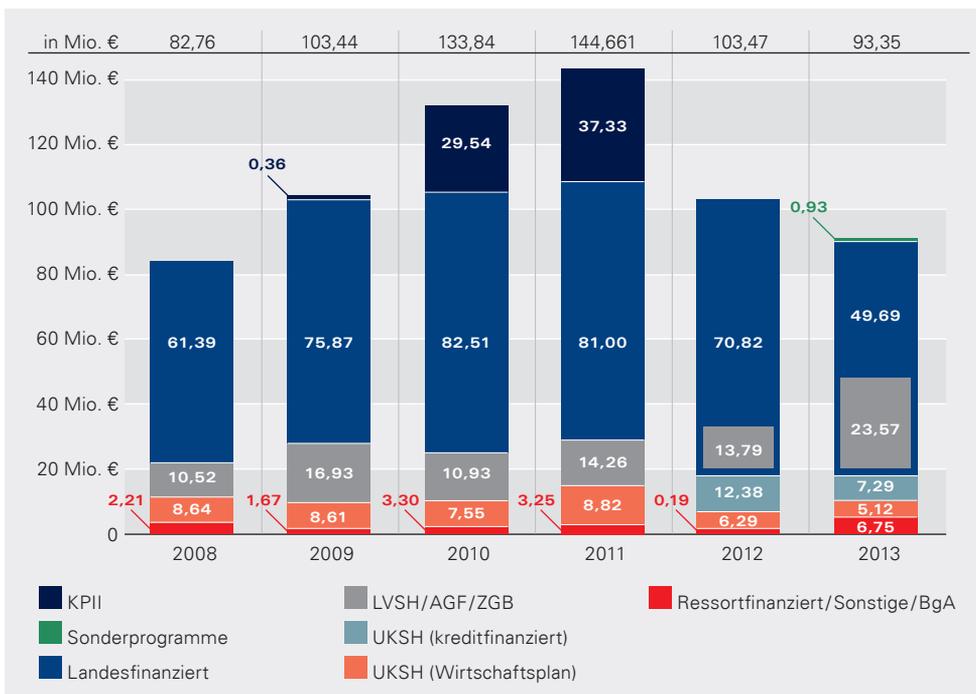
Der Geschäftsbereich Landesbau beabsichtigte, übergangsweise zur Besetzung der aktuellen Arbeitsspitzen bei den Bauherrenaufgaben der Sonderprogramme sowie zur Betreuung von Sonderverfahren der Universitäten und des UKSH Personal aus dem Bereich der Bauunterhaltung und Liegenschaftsbetreuung abzuziehen. Dies ist nur begrenzt gelungen. Die Unsicherheit des zu erwartenden Aufgabenvolumens im Bereich UKSH, Geomar und zur Höhe der Mittel für kleinteilige Bauunterhaltungsmaßnahmen im Bereich ZGB haben insbesondere im Fachbereich Baudurchführung einen hohen Aufwand erzeugt und die personelle Aussteuerung erschwert. Der Personalbestand musste deshalb konstant gehalten werden.

Konkret wurden freierwerdende Stellen aus allen operativen Bereichen in den Fachbereich Zentrale Bauherrenaufgaben verlagert und dort über befristete Arbeitsverhältnisse besetzt. Parallel erfolgte eine verstärkte Einbindung von Freiberuflich Tätigen.

Bauausgaben

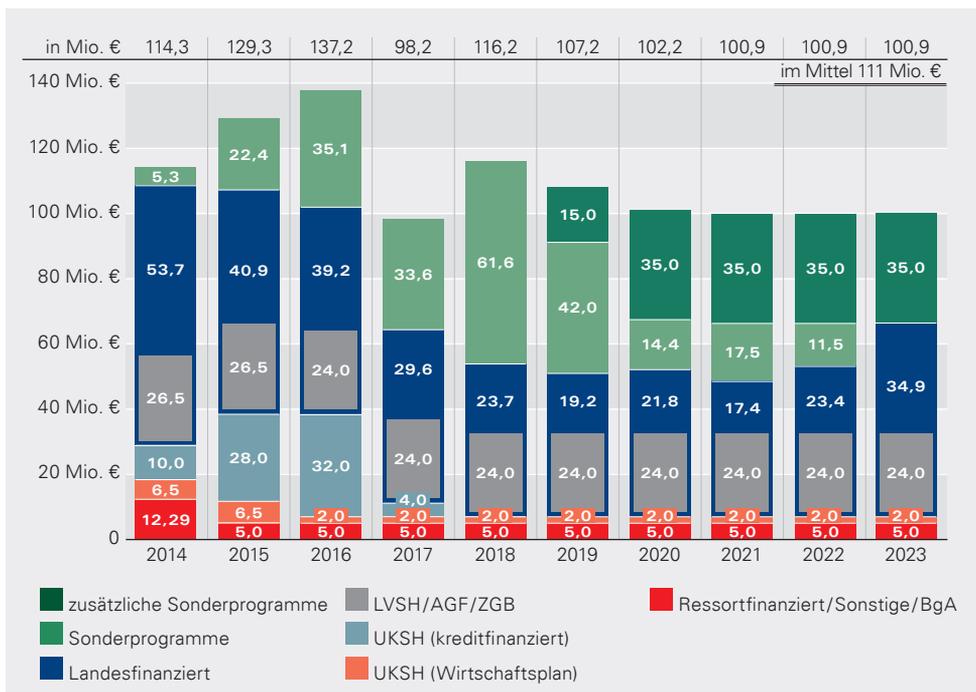
Die Zeitreihe der Bauausgaben von 2008 bis 2013 stellt das folgende Diagramm dar:

Ist- Bauausgaben (in Mio. €)



Der Trend des sinkenden Bauvolumens im Kernhaushalt (Landesmittel des Einzelplans 12 und ZGB) setzte sich auch im Jahr 2013 fort. Während im Jahr 2011 noch ca. 95 Millionen Euro an Bauausgaben entstanden sind, waren es 2012 nur noch knapp 85 Millionen Euro, um 2013 auf etwas mehr als 73 Millionen Euro abzufallen. Das unerwartete Absinken des Gesamtausgabevolumens auf unter 100 Millionen Euro im Jahr 2013 hat seine Ursache in einem um ca. 20 Prozent verringerten Volumen bei den kreditfinanzierten Maßnahmen im UKSH und noch nicht realisierten Bauvolumina im Bereich der Sonderprogramme. In beiden Bereichen ist jedoch nicht der geplante Umfang reduziert worden, es handelt sich lediglich um zeitliche Verschiebungen aufgrund konzeptioneller Entscheidungen der Vorhabenträger. Das Jahr 2013 war daher insbesondere durch intensive planerische Tätigkeiten gekennzeichnet, die erst in den Folgejahren im Rahmen der Realisierung zu Bauausgaben führen werden. Wegen des noch erheblichen Planungsbedarfs in der Anlaufphase standen im Bereich der Sonderprogramme Honorarausgaben von knapp einer Million Euro noch etwa gleich hohen Bauausgaben gegenüber. Das Verhältnis wird sich normalisieren, sobald eine größere Anzahl von Vorhaben in die bauliche Realisierung geht. Die Umkehr dieses Effektes stützt die nachfolgende Prognose 2014 bis 2023.

Prognose der Bauausgaben (in Mio. €)



2014 kommen erste relevante Bauvolumina im Bereich der Sonderprogramme zum Tragen. Von 2015 bis 2018 ist dann im Bereich der kreditfinanzierten Maßnahmen und der Sonderprogramme insgesamt mit jährlichen Bauausgaben zwischen 30 und 70 Millionen Euro zu rechnen. Die Ausgabenspitzen der Jahre 2015 und 2016 gehen im Wesentlichen auf die kreditfinanzierten Maßnahmen im UKSH zurück. Hier sollen über Baumaßnahmen noch technische Voraussetzungen für die Übernahme durch den ÖPP-Partner, die vom UKSH für Mitte 2015 angekündigt ist, geschaffen werden. Durch den nachfolgenden Wegfall der kreditfinanzierten Maßnahmen kommt es mit einem einjährigen Verzug im

Jahr 2017 zum Einbruch des Bauvolumens auf unter 100 Millionen Euro. Während 2018 Sonderprogramme in der Größenordnung von ca. 60 Millionen Euro die gesamten Bauausgaben stützen, sind die Folgejahre durch zurückgehende Effekte im Bereich der Sonderprogramme gekennzeichnet.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Prognose von einem weiteren Absinken des Kernhaushalts ausgeht. Teilweise wird nicht einmal die 50-Millionen-Euro-Marke erreicht. Da es sich bereits schon jetzt andeutet, dass die Sonderprogramme nicht aus-, sondern weiterlaufen, aufgestockt werden oder neue Programme hinzukommen, geht in die Prognose ab dem Jahr 2019 ein konsolidierend wirkendes zusätzliches Volumen aus weiteren Sonderfinanzierungen ein, das mit ca. 50 Millionen Euro angesetzt wird. Insgesamt gehen die derzeitigen Planungen somit von einem Bezugsvolumen von im Mittel 111 Millionen Euro aus, das auch Grundlage für die Bemessung der mittelfristigen Personalstärke des Geschäftsbereichs Landesbau ist.

Grundsatzaufgaben

1. Novellierung der HOAI 2013 mit der Beauftragung von

Architekten- und Ingenieurleistungen gemäß Abschnitt K 12 HBBau

Mit Einführung der HOAI 2013 zum 17. Juli 2013 wurden Anpassungen in den Vertragsmustern für Architekten- und Ingenieurleistungen und Anpassungen bzw. Neuentwicklungen der Programme und Arbeitshilfen vorgenommen. Die Bearbeitung wurde im Geschäftsbereich abgeschlossen. Die Vertragsmuster wurden anschließend dem Finanzministerium zur Einführung vorgelegt. Die geschätzten Kostenerhöhungen für die Leistungen der Freiberuflich Tätigen liegen im Mittel um 17 Prozent. In einzelnen Leistungsfeldern, so im Wärmeschutz- und Energiebilanzierungsbereich, können die Honorarkosten auf über 200 Prozent der vorherigen Beträge steigen. Das durchschnittliche Honorarvolumen im Landesbau (gesamt) betrug in 2013 ca. 38,7 Millionen Euro. Altverträge werden auf der bisherigen Grundlage weitergeführt, so dass die Steigerung erst in etwa drei Jahren voll wirksam geworden sein wird. Mit Abschluss von Neuverträgen werden die Kostenerhöhungen aber zunehmend ab 2014 wirksam.

2. Umsetzung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Schleswig-Holstein

Zum 1. August 2013 trat das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (TTG) in Kraft. Es enthält Regelungen zu einem vergabespezifischen Mindestlohn, zur Sicherung der Tariftreue und Sozialstandards sowie zur umweltgerechten und energieeffizienten Beschaffung, die bei der Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen zu beachten sind.

Der Ersteinführungsaufwand allein für die Anpassung der Formulare und Programmierungen der DV-Systeme betrug in 2013 ca. 34.500 Euro. Noch laufende komplexere Umprogrammierungen, die im Zusammenhang mit der e-Vergabe stehen, werden voraussichtlich Anfang 2014 abgeschlossen sein.

Es änderte sich neben den organisatorischen Abläufen in der Submissionsstelle der GMSH auch der Austausch von Unterlagen mit den Marktteilnehmern. Problematisch war und bleibt auch zukünftig in diesem Zusammenhang der Parallelbetrieb von Verfahren, da die IT-gestützten Workflows nach wie vor auch die bisherigen rechtlichen Anforderungen für „Altmaßnahmen“ und die

abweichenden Anforderungen für Bundesbaumaßnahmen zur Verfügung stellen müssen.

Bei Veränderungen im Bereich der IT-gestützten Workflows muss zukünftig noch intensiver auf ein formalisiertes Vorgehen geachtet werden.

Zusätzliche Regelungen zum HBBau zur Durchführung von Bauaufgaben in speziellen Fällen

Während im Jahr 2013 bei der Abwicklung der Sonderprogramme und Ressortfinanzierungen noch weitgehend auf der Basis des HBBau zusammen gearbeitet wurde, führte das Land für wesentliche Partner der GMSH (das UKSH, die CAU und die ZIP gGmbH) spezielle Verfahrensvereinbarungen ein.

Einerseits wurde das Land damit den von diesen Institutionen eingeforderten höheren Ansprüchen in der Betreuungsintensität und -qualität gerecht, andererseits wird der Aufwand des Geschäftsbereichs Landesbau hier nachhaltig weiter steigen, was – ein weitgehend fixer Personalbestand unterstellt – nur durch Qualitätseinschränkungen bei anderen Nutzern kompensiert werden kann.

1. Verfahrensvereinbarung UKSH

Die Neufassung der Verfahrensvereinbarung UKSH ist aufgrund neuer Rahmenbedingungen durch das ÖPP-Verfahren (geordnete Überleitung von Aufgaben auf den Privaten und Abgrenzung zukünftiger Leistungspflichten) und zur Ablösung wenig praktikabler und sehr aufwändiger Regelungen der derzeit geltenden Vereinbarung erforderlich. Es wurden die Eckpunkte der neuen Verfahrensvereinbarung festgelegt, die voraussichtlich Mitte 2014 in Kraft treten kann.

2. Verfahrensvereinbarung CAU

Auf Wunsch der CAU haben das Ministerium für Bildung und Wissenschaft und das Finanzministerium eine das HBBau modifizierende Verfahrensvereinbarung entwickelt und gemeinsam beschlossen mit dem Ziel, der CAU Entscheidungskompetenzen und weitergehende Mitwirkungsrechte bei Baumaßnahmen einzuräumen.

Für die GMSH hat diese Vereinbarung auch organisatorische Konsequenzen.

Der Geschäftsbereich musste kurzfristig eine zusätzliche Stelle für einen Key-Account-Manager schaffen und diese durch einen besonders qualifizierten Mitarbeiter besetzen. Dieser wird überwiegend auf dem Campus der CAU präsent sein.

3. Verfahrensvereinbarung ZIP

Zwischen ZIP gGmbH und Ministerium für Bildung und Wissenschaft sowie Finanzministerium wird eine Nutzungsvereinbarung für die von ZIP genutzten Liegenschaften geschlossen, die die Bauaufgaben des Landes für Bauunterhaltung und Kleine Baumaßnahmen für den Campus Lübeck regelt. Die darauf basierende Verfahrensvereinbarung befindet sich in der Endabstimmung.

4. Verwaltungsabkommen Stiftungsuniversität Lübeck

Erste Gespräche mit der zukünftigen Stiftungsuniversität Lübeck wurden in 2013 vorbereitet. Der Entwurf eines Verwaltungsabkommens liegt vor. Da die Errichtung der Stiftungsuniversität Lübeck zum 1. Januar 2015 vorgesehen ist, muss mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf auch das die Zusammenarbeit mit der GMSH regelnde Abkommen ausverhandelt und in Kraft gesetzt sein.

Die GMSH hat gegenüber der Universität ihr Interesse an einer Integration von Bau- und Bewirtschaftungsleistungen formuliert, um entsprechende Synergieeffekte und Einsparungserfolge generieren zu können. Termine für die Abstimmungsgespräche zwischen der GMSH und der Stiftungsuniversität Lübeck über die zukünftige Zusammenarbeit wurden vereinbart.

Baumaßnahmen (Planung und Ausführung)

1. Hochschulbau (nur unmittelbar landesfinanzierte Vorhaben)

Laufende Baumaßnahmen:

- Fachhochschule Lübeck, Herrichtung der Gebäude 14/15 und Neubau einer „Neue Mitte“
- Universität zu Lübeck, Neubau Interdisziplinäres Zentrum (CBBM)
- Fachhochschule Kiel, Anpassung des Datennetzes
- CAU Kiel, Fassadensanierung der Mensa I
- UKSH Campus Lübeck, Schwerbrandverletzteneinheit und Plastische Chirurgie im Zentralklinikum

Laufende Planungen:

- UKSH Campus Kiel, Sanierung des Zentral-OP-Bereichs im Gebäude 518
- UKSH Campus Kiel, Herrichtung einer interdisziplinären Notaufnahme im Gebäude 518
- CAU, Sanierung des Sportforums in Zusammenhang mit dem Neubau eines Rechenzentrums (Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle)
- Studentische Wohnungen an der Universität Flensburg (Überprüfung Mietmodell)

Fertiggestellte und übergebene Maßnahmen:

- UKSH Campus Kiel, Radiologische Großgeräte im Gebäude 518

2. Justizvollzugsbau

Laufende Baumaßnahmen:

- JVA Lübeck, Neubau einer Küche und Wäscherei
- JVA Lübeck, Umbau des Altbaus Haus B (Zellen für Sicherungsverwahrung, behindertengerechte Zellen)
- JVA Neumünster, Haus C (4. Bauabschnitt)
- Umsetzung eines zentralen Sicherheitskonzeptes für alle Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein

Laufende Planungen:

- JVA Kiel, Erweiterung der Anstaltsmauer
- JVA Neumünster, Abriss und Neubau von Haus B inkl. Interimsmaßnahmen
- JVA Kiel, Neubau einer Sporthalle

Fertiggestellte und übergebene Maßnahmen:

- JVA Neumünster, Haus C (3. Bauabschnitt)

3. ZGB-Verwaltungsbau

Laufende Baumaßnahmen:

- Landeslabor in Neumünster, Neubau Gebäude 7
- Polizei Kiel, Grundsanierung des Gebäudekomplexes Blumenstraße 2–4
- Autobahnpolizeirevier Scharbeutz, Erweiterungsneubau

Laufende Planungen:

- Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein, Brandschutzmaßnahmen im Gebäude Brunswiker Straße

- Land- und Amtsgericht Lübeck, Brandschutzmaßnahmen und Fassadensanierung (PROFI) inkl. Interimsmaßnahmen
- Verwaltungsgebäude des Landes in der Adolfstraße in Kiel (ehemalige OFD), Umbau von Haus B und C für die Finanzverwaltung Kiel
- Polizei Neumünster, Erweiterungsbau (1. Bauabschnitt)
- Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei (PDAFB) Eutin, Neubau einer Einsatztrainingshalle und eines Aula-/ Schulungsgebäude verbunden mit einer Zielplanung für die Liegenschaft
- Finanzamt Dithmarschen, Modernisierung
- Amtsgericht Eckernförde, Fassadensanierung
- Behördenhochhaus Lübeck, Brandschutzmaßnahmen

Fertiggestellte Maßnahmen:

- Landesförderzentrum Sehen in Schleswig, Neubau des Kurshauses

4. Energieausschreibung Campus Lübeck

Im Rahmen des Masterplans für die Klinik- und Hochschulliegenschaften am Standort Lübeck hatte die GMSH den Planungsauftrag erhalten, die im Hinblick auf die Verselbstständigung der Universität und die zukünftig privat betriebene Infrastruktur des UKSH notwendige Trennung der Versorgungssysteme vorzubereiten.

In diesem Zuge hat die GMSH die Wärmeversorgung für die Universität, die Fachhochschule und das Fraunhofer Institut europaweit ausgeschrieben. Der Vertrag beinhaltet auch die Neuerrichtung einer Wärmeversorgungszentrale und den anteiligen Neu- und Umbau der Wärmeversorgungsnetze. Der Zuschlag wurde erteilt und der endgültige Vertrag mit dem günstigsten Bieter wurde geschlossen. Universität und Fachhochschule werden ab dem 30. September 2014 über ein neues Blockheizkraftwerk versorgt. Im Zuge der Ausschreibung ist es gelungen, eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen.

5. Sonderprogramme des Landes

Programm PROFI – Programm für vorsorgende Finanzpolitik

Die GMSH hat zeitgerecht eine Vielzahl geeigneter großer hochbaulicher und kleinteiliger technischer Maßnahmen vorgeschlagen. Aufgrund einer vorlaufenden Untersuchung in der CAU zu möglichen Contracting-Verfahren lag schon Mitte 2012 eine Übersicht möglicher Maßnahmen vor.

Freigegeben wurden inklusive Baunebenkosten:

- | | |
|---|---------------------|
| ▪ CAU, kleinteilige Energiesparmaßnahmen | 2 Millionen Euro |
| ▪ Energiesparmaßnahmen, die im früheren Energiesparprogramm des Landes bereits ausgeplant worden waren und auch die aktuellen Kriterien der Wirtschaftlichkeit erfüllen | 2,6 Millionen Euro |
| ▪ ZGB-Liegenschaften, Maßnahmen der Technischen Ausrüstung (d. h. Energiesparmaßnahmen) | 10,4 Millionen Euro |
| ▪ Landgericht Lübeck, Fassadensanierung | 6,9 Millionen Euro |
| ▪ JVA Neumünster, energetische Maßnahmen am Gebäude C | 1,5 Millionen Euro |
| ▪ CAU, Fassadensanierung der Mensa I | 1,2 Millionen Euro |
| ▪ Amtsgericht Pinneberg, Fassadensanierung | 2,5 Millionen Euro |

6. Sonderprogramm Hochschulsanierung

Im Sonderprogramm ist bisher ein Volumen von 40 Millionen Euro vorgesehen. Dieses Budget soll laut Finanzministerium ggf. auf insgesamt 88 Millionen Euro aufgestockt werden. Zur Umsetzung sind bisher folgende Projekte durch Planungsauftrag verbindlich vorgesehen:

- Fachhochschule Lübeck, Sanierung der Gebäude 14 und 15
- UKSH Campus Kiel, Sanierung der Zahnklinik

Aus dem Sonderprogramm Hochschulsanierung CAU Kiel – 193 Millionen Euro sind angemeldet:

▪ Fakultätenblöcke	34 Millionen Euro
▪ Juridicum	16 Millionen Euro
▪ Angerbauten (Lise-Meitner-Str. 8–12)	40 Millionen Euro
▪ Tierhaltung	20 Millionen Euro
▪ Technische Fakultät	10 Millionen Euro

Ein konkreter Planungsauftrag liegt jedoch bisher erst für die Tierhaltung vor.

Die Festlegung weiterer geeigneter Maßnahmen verzögert sich durch erheblichen Erörterungsbedarf hinsichtlich der Priorität einzelner Vorhaben in der Sphäre der Hochschulen.

7. Sonderprogramm Forschung und Lehre der medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck

Im Rahmen der notwendigen Baumaßnahmen für die Forschung und Lehre der Medizinischen Fakultäten beider Universitäten stellt das Land Schleswig-Holstein insgesamt 160 Millionen Euro für Baumaßnahmen an den Campi Kiel und Lübeck zur Verfügung. Die Haushaltsmittel verteilen sich mit 96,4 Millionen Euro auf den Standort Kiel und 63,6 Millionen Euro auf den Standort Lübeck. Das Programm läuft in 2013 und 2014 mit noch geringen Umsätzen hauptsächlich im Bereich der Planungen für je ein Forschungsgebäude in Kiel und Lübeck sowie die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen an beiden Campi an. Zu wesentlichen Bauumsätzen wird es in den Jahren von 2015 bis 2021 kommen, im Jahr 2023 läuft das Programm aus.

Baumaßnahmen am UKSH-Campus Kiel:

- Neubau Forschungsgebäude 1
- Neubau Forschungsgebäude 2
- Herrichtung von Gebäude 506 (Innere Medizin)
- Erweiterung der Tierhaltung
- Infrastrukturmaßnahmen

Baumaßnahmen am Universitätscampus Lübeck:

- Neubau BMF 1 (Biomedizinische Forschung)
- Herrichtung Gebäude 12 (ehemalige Frauenklinik)
- Infrastrukturmaßnahmen

Unter finanzieller Beteiligung der CAU soll der Forschungsbau 1 in Kiel als eines der ersten Laborgebäude bundesweit nach den Kriterien des Nachhaltigen Bauens zertifiziert werden.

8. Kreditfinanzierte Landesbaumaßnahmen des UKSH

Die folgenden Baumaßnahmen wurden von der GMSH beauftragt und werden nach den Regularien der Landesbaumaßnahmen durchgeführt:

- Campus Lübeck, Verlagerung der Frauenklinik
- Campus Lübeck, Neubau eines Parkhauses mit Anbindung
- Campus Lübeck, Umrüstung der Apotheke
(Mischfinanzierung von UKSH und Finanzministerium)
- Campus Lübeck, Verlegung des Zentrallabors
- Campus Lübeck, Umstrukturierung der Essensversorgung
- Campus Kiel, Sanierung und Erweiterung der Apotheke
- Campus Kiel, Neubau des Zentrallabors
- Campus Kiel, Interimslösung für das Zentrallabor
- Campus Kiel, Umstrukturierung der Essensversorgung
- Campus Kiel, Neubau der KITA
- Campus Kiel, Neubau einer Leukämienstation

Fertiggestellte und übergebene Maßnahmen:

- Campus Kiel, Neubau eines Parkhauses
- Campus Lübeck, Neubau der KITA
- Campus Kiel, Herrichtung des Hybrid-OP
- Campus Kiel, Erweiterung der KITA

Das Gesamtinvestitionsvolumen bis 2018 beträgt inzwischen über 85 Millionen Euro Baukosten.

9. Weitere Planungen

- Stiftung Schloss Gottorf, Eisen Kunst Guss Museum
- LKN-SH, Gerätestützpunkt Sylt und diverse Hallenbauten in Schleswig-Holstein

Unterstützende Leistungen

1. BOS Digitalfunknetz des Landes Schleswig-Holstein

- Nach weitest gehendem Abschluss des Projektes zur Errichtung des Digitalfunknetzes des Landes Schleswig-Holstein und Übergang in die Betriebsphase kommt der GMSH eine zentrale Rolle bei der Abwicklung von Drittnutzungsanfragen zu. Der Geschäftsbereich Landesbau agiert hier als kompetenter Ansprechpartner und Garant für die bautechnisch ordnungsgemäße Abwicklung. Weitergehende baufachliche Anfragen zu den Liegenschaften des Digitalfunknetzes des Landes werden im Geschäftsbereich Landesbau zentral entgegen genommen, koordiniert und übergabereif abgewickelt.
- Für den aktiven Betrieb der BOS Türme und Masten werden diese regelmäßig durch eigenes fachlich qualifiziertes Personal der GMSH-Fachgruppe Tragwerksplanung auf Grundlage der aktuellen technischen Vorschriften stand-sicherheitstechnisch untersucht, Leiterprüfungen durchgeführt und die Türme standsicherheitstechnisch für die weitere Nutzung frei gegeben.
- In ausgewählten regionalen Bereichen des Landes haben sich im Betrieb Mängel in der Funkversorgungsgüte und der Sprachqualität herausgestellt. Das Innenministerium hat die GMSH deshalb mit Leistungen zur Optimierung der Funkversorgung auf Grundlage von realen Messergebnissen oder theoretischen Berechnungen und daraus folgenden Vorgaben des Landespolizeiamtes für neu zu errichtende oder zu ertüchtigende Standorte beauf-

trägt. Diese Leistungen bestehen im Wesentlichen in der Verbesserung schon bestehender Anlagen, dem Bau neuer Basisstationen sowie der Planung und Realisierung der baulichen Infrastruktur.

Die Leistungen werden ca. zwei Jahre in Anspruch nehmen.

2. Unterstützende Leistungen aus den Baubereichen

▪ Übernahme von delegierbaren Fachleistungen

In den operativen Baugruppen wurde die Übernahme von delegierbaren Fachleistungen aus dem Projektmanagementbereich für Große Baumaßnahmen vorbereitet und teilweise bereits erbracht. Die Projektleitungskompetenz wurde verstärkt und der Bauherrenbereich mit der Leitung von Großen Baumaßnahmen in Eigenleistung im Fachbereich Baudurchführung gezielt entlastet. Die Aufgaben für die Stiftung Gottorf wurden deutlich ausgeweitet, es werden umfangreiche Maßnahmen für das Jüdische Museum Rendsburg, das Wikingermuseum Haitabu und erste Baumaßnahmen im Freilichtmuseum Molfsee umgesetzt.

▪ Organleihe für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH)

Die GMSH ist für hochbauliche Maßnahmen des LBV-SH tätig. Die Zusammenarbeit mit dem LBV-SH konnte 2013 erfolgreich fortgesetzt und zwei zusätzliche Aufträge für einen Gerätstützpunkt auf Sylt und weitere WC-Anlagen an Bundesautobahnen eingeholt werden.

E-Vergabe

1. E-Vergabe zu VOB-Verfahren

Die e-Vergabe findet nunmehr seit fast zweieinhalb Jahren seit Produktivsetzung Ende September 2011 bei allen förmlichen VOB-Vergabeverfahren der GMSH im Landesbau und Bundesbau Anwendung.

Derzeit sind bereits ca. 2.000 Unternehmen auf der Plattform registriert, die Ausschreibungsunterlagen von der Plattform digital herunterladen bzw.

Angebote mit digitaler Signatur elektronisch und somit papierlos abgeben.

Im März 2014 konnte bereits eine Downloadrate der Vergabeunterlagen von über 90 Prozent und eine Rücklaufquote elektronischer Angebote von über 30 Prozent erreicht werden. Dies ist im bundesweiten Vergleich ein Spitzenwert.

Über die e-Vergabeplattform der GMSH wurden dabei in 2013 insgesamt 1.592 VOB-Ausschreibungsverfahren – davon anteilig 304 Verfahren für mehrjährige Rahmenvertragsausschreibungen – mit einem Gesamtausschreibungsvolumen von über 150 Millionen Euro durchgeführt.

In Abstimmung mit dem Finanzministerium hat die GMSH ein Konzept entwickelt, das von der GMSH erfolgreich betriebene System als zentrale e-Vergabeplattform für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein insgesamt nutzbar zu machen. Mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein werden dementsprechend seit Anfang 2013 konkrete Gespräche geführt, entsprechende Vergabedienstleitungen zu übernehmen. In der ersten Jahreshälfte 2014 wird eine Probeausschreibung mit einer realen Öffentlichen Ausschreibung des LBV-SH erfolgen.

Mit dem LKN-SH sind positive Gespräche mit gleicher Zielsetzung geführt worden.

2. E-Vergabe zu VOF-Verfahren

Die Vorbereitungen für die Ausweitung der e-Vergabe auf die Vergabe der Architekten- und Ingenieurleistungen sowie entsprechende Gutachterleistungen sind in 2013 fortgesetzt worden.

In einem Workshop wurde im Oktober 2013 mit der Obersten Baubehörde Bayerns, der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und dem Berliner Immobilienmanagement GmbH über das Konzept der GMSH grundsätzlich Einigkeit erzielt. Damit konkretisiert sich die Perspektive einer länderübergreifenden Zusammenarbeit.

Wertermittlung / Grundvermögensverzeichnis (GVV-SH)

Anfang 2010 wurde der Fachgruppe Wertermittlung die Bearbeitung und Weiterentwicklung des Grundvermögensverzeichnisses Schleswig-Holstein sowie die Ermittlung der Werte (Wiederherstellungswert, Zeitwert und Neubauwert 1936) sämtlicher Liegenschaften des Landes übertragen.

Aufgrund des erheblichen Umfangs wurde auch in 2013 an der Erledigung dieser Aufgabe gearbeitet. Bis Ende Mai wurden Gutachten für folgende Liegenschaften erstellt:

- UKSH Kiel
- UKSH Lübeck

Die hierfür ermittelten Liegenschaftsdaten wurden im neuen CAFM-Programm pit-FM hinterlegt und im GVV-Webtool für die Daten verantwortlichen Stellen sichtbar gemacht. Außerdem wurde das Verfahren für den jährlich zu führenden GVV-Datenabgleich und die Auswertung der Liegenschaftsdaten zur Vorlage durch das Finanzministerium im Landtag verfeinert.

Weitere Schwerpunkte waren die Bewertung von Uferstreifen in Plön und Ostholstein sowie Wertermittlungen für das Land Schleswig-Holstein, den LKN-SH und den Bund.

Nachfolgend genannte Maßnahmen wurden u. a. als laufende Projekte neben der Weiterentwicklung des GVV-SH bearbeitet:

- Gutachten ehem. Scholtz-Kaserne, Neumünster
- Gutachten Wehrbereichskommando I, Kiel
- Gutachten ehem. Landeskulturzentrum, Salgau
- Gutachten Volkskundemuseum, Schleswig
- Gutachten Deichflächen, Brunsbüttel
- Gutachten Finanzämter in Kiel, Heide und Meldorf
- Zahlreiche dringliche Gutachten für das Finanzministerium
- Bewertung von Erbbaugrundstücken

In 2013 wurden 39 Gutachten in Höhe von 22,3 Millionen Euro bearbeitet. Im Rahmen der Liegenschaftserfassung wurden Bewertungen mit einem Zeitwert in Höhe von 1,6 Milliarden Euro durchgeführt.

Zuwendungsbau

In 2013 wurden 54 Anträge aus verschiedenen Förderprogrammen mit einem Prüfvolumen von rund 116 Millionen Euro geprüft. Diese Maßnahmen befinden sich in der Baudurchführung.

Weiterhin liegen der Fachgruppe drei Anträge zur baufachlichen Prüfung mit einem Prüfvolumen von rund vier Millionen Euro vor. Diese Maßnahmen befinden sich in der Prüfungsphase.

Die Fachgruppe Zuwendungsbau hat durch verschiedene Bundes- und Landesministerien sowie durch die Städte Lübeck und Flensburg 16 Aufträge zu baufachlichen Prüfungen mit einem Prüfvolumen von rund 152 Millionen Euro erhalten. Hierzu gehören u. a.:

- Berufsbildungsstätte der Handwerkskammer in Travemünde, Modernisierungsmaßnahmen
- Berufsbildungsstätte Elmshorn, Modernisierungs- und Substanzverbesserungsmaßnahmen
- Freizeit- und Bildungsstätte in Timmendorfer Strand/Niendorf, Umbau und Modernisierung
- Bad Oldesloe, Erneuerung des Bahnsteigdachs Gleis 6/7
- Norderstedt, Neubau des Frauenhauses
- Flensburg, Neubau von mehreren Werkstätten für behinderte Menschen

Diese Maßnahmen befinden sich in der Beratungsphase.

Weitere Anträge aus verschiedenen Förderprogrammen (u. a. weitere Promenaden) wurden angekündigt.

In 2013 wurden 37 Verwendungsnachweise fertiggestellter Baumaßnahmen aus verschiedenen Förderprogrammen geprüft. Das Volumen umfasst rund 78 Millionen Euro.

Zurzeit befinden sich 72 Maßnahmen in der Überprüfung der Bauausführung. Die überwachten Kosten umfassen rund 451 Millionen Euro.

Ferner wurden 32 Maßnahmen mit einem Prüfvolumen von rund 264 Millionen Euro fertiggestellt. Die Verwendungsnachweise werden durch die Zuwendungsempfänger momentan aufgestellt und der Fachgruppe Zuwendungsbau in Kürze zur Prüfung eingereicht.

Demgegenüber betreffen die Honoraraufträge aus den bestehenden Verträgen mit der Stadt Lübeck und Stadt Flensburg einen nur geringen Prüfumfang. Die in der Regel kleineren Prüfaufträge sind jedoch hilfreich, um Lücken zwischen den großen Prüfaufgaben von Bund und Land zu schließen und eine kontinuierliche Auslastung zu gewährleisten.

Zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und der Bundesagentur für Arbeit wurde eine Vereinbarung für die baufachliche Betreuung der Zuwendungsmaßnahmen zur Jugendwohnheimförderung abgeschlossen, da eine baufachliche Betreuung der Zuwendungsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit selbst nicht erfolgen kann. Die

Fachgruppe Zubehörsbau wurde mit der Betreuung dieser Zubehörsmaßnahmen für den Bereich Schleswig-Holstein beauftragt.

Untere Marktüberwachungsbehörde Schleswig-Holstein

Die GMSH nimmt die Aufgaben der Unteren Marktüberwachungsbehörde wahr und überwacht in Schleswig-Holstein die Bauprodukte, die einer harmonisierten Europäischen Norm unterliegenden und in Verkehr gebracht wurden, auf Übereinstimmung mit den Anforderungen der ab dem 1. Juli 2013 geltenden Bauproduktenverordnung (BauPVo) bei den in Schleswig-Holstein ansässigen Baustoffhändlern und Baumärkten. Es besteht ein reger Informationsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen der Marktüberwachungsbehörden in den anderen Bundesländern.

Zurzeit sind 1,5 Vollzeitkräfte mit Grundsatzaufgaben, aktiver und reaktiver Marktüberwachung beschäftigt. Bei Bedarf besteht die Möglichkeit, weitere Fachleute der GMSH wie Statiker, Schadstoffspezialisten oder Juristen hinzuzuziehen.

Über ihre Aktivitäten berichtet die Untere Marktüberwachungsbehörde Schleswig-Holstein dem Innenministerium quartalsweise.

Gebäudebewirtschaftung

Grundlagen

Der Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung nimmt für die landesgenutzten Immobilien die Bewirtschaftungsaufgaben wahr. Er handelt dabei im Namen und auf Rechnung des Landes (Organleihe). Nähere Einzelheiten zur Aufgabenwahrnehmung sind in einem Verwaltungsabkommen zwischen Land und GMSH geregelt. Die operativen Aufgaben werden in einem Bewirtschaftungskatalog näher spezifiziert.

Organisation, Personal und IT-Unterstützung

Die operativen Bewirtschaftungsaufgaben wurden unverändert von der nach regionalen Zuständigkeitsbereichen organisierten Objektbetreuung wahrgenommen. Insgesamt acht Objektbetreuer und 23 Objektbewirtschafter waren in sechs Bürostandorten als Ansprechpartner der Landesdienststellen und Leistungssteuerer vor Ort für eine ordnungsgemäße und wirtschaftliche Bewirtschaftung im Einsatz. Sie koordinierten sowohl den Einsatz des eigenen Personals, als auch die von der GMSH beauftragten Firmen.

Gemäß dem Personalkonzept für die Gebäudebewirtschaftung werden die operativen Bewirtschaftungsaufgaben nur soweit mit eigenem Personal durchgeführt, wie dies zu wirtschaftlichen Vorteilen für das Land führt. In dieser Ausrichtung werden Reinigungsleistungen zunehmend durch vertraglich gebundene Unternehmen erbracht. In 2013 waren in der GMSH durchschnittlich noch 119 Reinigungskräfte (65 Vollkräfte) beschäftigt. Daneben beschäftigte die GMSH in 2013 für die übrigen vor Ort zu erbringenden Bewirtschaftungsleistungen 147 eigene Hausmeister, Hausarbeiter und Haushandwerker (145 Vollkräfte). Die örtliche Objektbetreuung wird aus der Zentrale in Kiel von spezialisierten Fachleuten des kaufmännischen, technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagements unterstützt.

Dort erfolgt die Bearbeitung aller übergeordneten und grundsätzlichen Bewirtschaftungsthemen. Des Weiteren sind dort in einem eigenen Fachbereich die zur Liegenschaftsverwaltung gehörenden Aufgaben der Verwaltung der An- und Vermietungsverträge sowie der Anerkennung und Deckung von Raumbedarfen organisiert.

Insgesamt waren im Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung in 2013 durchschnittlich 386 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (kumuliert 324 Vollkräfte) tätig.

Im organisatorischen Aufbau des Geschäftsbereiches Gebäudebewirtschaftung waren in 2013 keine nennenswerten Anpassungen erforderlich. Die aufgrund der Auflösung der LVSH und der Umstellung der Bewirtschaftung auf Organleihe ab 2011 notwendig gewordene Anpassung der organisatorischen Strukturen und IT-Systeme konnte inzwischen abgeschlossen und im laufenden Betrieb konsolidiert werden. Allerdings zeichneten sich aufgrund der Aufgabenerweiterungen der letzten Jahre teilweise erhebliche Bearbeitungsengpässe ab. Übergangsweise konnte das Tagesgeschäft der Bewirtschaftung mit dem vorhandenen Personal in 2013 noch bewältigt werden, dies allerdings nur durch zeitliche Streckung und Verschiebung von Aufgaben auf die Folgejahre. Für eine dauerhaft tragbare Lösung wird in 2014 eine Personalanpassung sowohl im Regie-, als auch im operativen Bereich erfolgen müssen.

Darüber hinaus verstärkte sich in der zweiten Jahreshälfte 2013 der personelle Engpass im Bereich des Energiemanagements. Von neun Ingenieurstellen in den beiden Fachgruppen Energiecontrolling und Betriebsoptimierung waren zum Jahreswechsel vier Stellen vakant. Die Gewinnung geeigneter Fachkräfte gestaltet sich derzeit in dieser Ingenieurdisziplin am Arbeitsmarkt schwierig.

Das in 2012 neu konfigurierte SAP-basierte Buchungs- und Auswertungssystem befindet sich seit dem 1. Januar 2013 im Einsatz. Damit steht ab dem Buchungsjahr 2013 für alle liegenschaftsbezogenen Bewirtschaftungskosten und den Datenaustausch mit der Kosten- und Leistungsrechnung des Landes eine höhere Auswertungstiefe als bisher zur Verfügung. Diese umfasst jetzt auch die Miet- und Nebenkostenzahlungen für die vom Land angemieteten Liegenschaften.

Neben dem für die kaufmännischen Bereiche führenden SAP-System wird zur Unterstützung des technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagements das CAFM-System pit-FM eingesetzt. Auch das Jahr 2013 diente noch der Konsolidierung des Verfahrensbetriebes dieses Anfang 2012 nach einem umfangreichen Migrationsprozess produktiv geschalteten Systems. Über diverse Nachjustierungen in nahezu allen Modulen konnte die Performance des Systems in 2013 noch merklich verbessert und damit die Produktivität im Umgang mit der Software gesteigert werden. Darüber hinaus war ein besonderer Entwicklungsschwerpunkt die Implementierung der IT-Unterstützung für die Prozesse der Entsorgung. Die Inbetriebnahme des entsprechenden Software-Moduls soll in 2014 erfolgen.

Bewirtschaftungsumfang

Am 31. Dezember 2013 umfasste die Bewirtschaftung über alle Städte und Kreise in Schleswig-Holstein verteilt 741 (638) Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von 1,27 Millionen Quadratmetern. Auf die Fläche bezogen bilden die landeseigenen Liegenschaften den größten Anteil, von der Anzahl her überwiegen die Drittanmietungen. Dies erklärt sich neben der Vielzahl kleinerer Polizeistationen auf dem Lande auch durch die flächig im Lande verteilten BOS-Digitalfunkstationen, die seit dem Jahr 2013 vollumfänglich ebenfalls zum Bewirtschaftungsumfang der GMSH zählen.

Bewirtschaftete Flächen nach Regionen

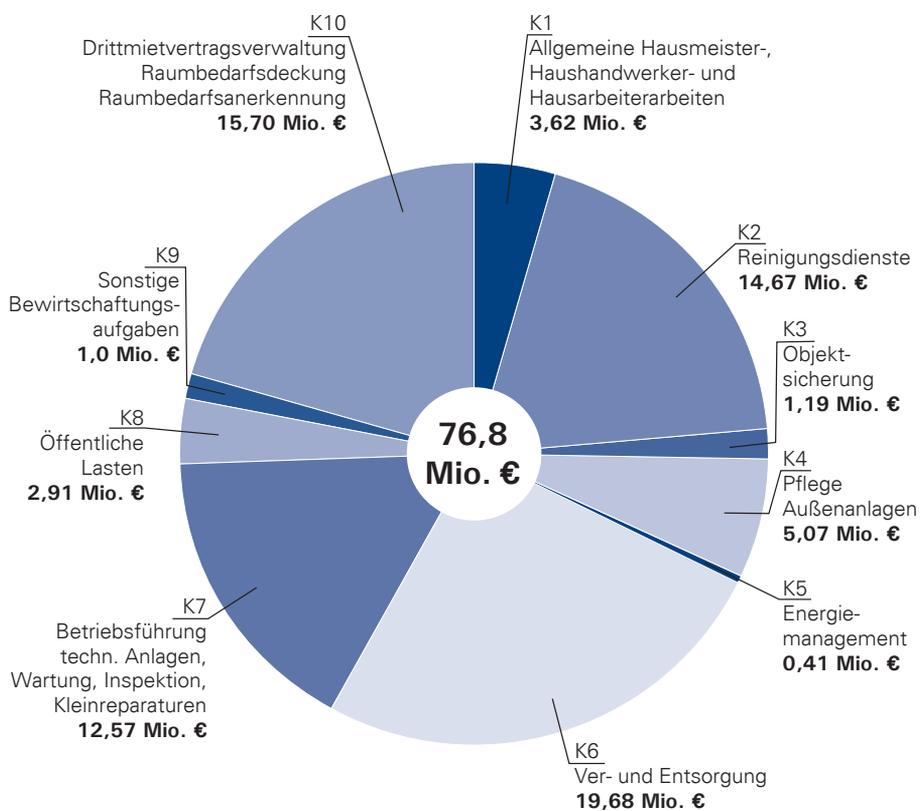
	ZGB ¹⁾		Land		Dritte		Σ	
	Anz	Tsd m ²	Anz	Tsd m ²	Anz	Tsd m ²	Anz	Tsd m ²
Flensburg	8	40,9	1	2,7	18	13,3	27	56,9
Kiel	38	282,8	5	72,0	36	41,5	79	396,3
Lübeck	13	92,1	5	27,9	22	11,8	40	131,9
Neumünster	10	40,3	2	32,1	15	15,8	27	88,2
Nordfriesland	17	23,9	38	13,7	52	12,5	107	50,1
Schleswig-Flensburg	11	63,4	9	44,1	41	7,1	61	114,5
Rendsburg-Eckernförde	12	18,1	6	3,6	50	35,8	68	57,5
Dithmarschen	13	30,8	5	7,5	31	6,8	49	45,0
Steinburg	13	49,9	3	1,8	16	15,1	32	66,8
Pinneberg ²⁾	14	33,8	1	0,6	26	13,8	41	48,3
Segeberg	11	34,4	1	2,3	31	3,9	43	40,6
Plön	6	17,7	2	0,6	25	5,6	33	23,8
Stormarn	8	19,4	2	2,7	20	4,8	30	27,0
Ostholstein	22	83,0	4	2,2	34	9,1	60	94,3
Herzogtum Lauenburg	11	25,4	2	2,6	31	2,8	44	30,8
	207	856,0	86	216,5	448	199,8	741	1.272,2

¹⁾ ZGB (Zentrales Grundvermögen des Landes zur Behördenunterbringung)

²⁾ eine BOS-Liegenschaft in Hamburg enthalten

Das Kostenvolumen lag 2013 bei rund 76,8 Millionen Euro (56,2 Millionen Euro). Gegenüber dem Vorjahr ist das Bewirtschaftungsvolumen damit deutlich gestiegen. Dies liegt einerseits daran, dass mit der Fortschreibung des Bewirtschaftungskataloges die Mieten und Nebenkosten für die Drittanmietungen jetzt per Definition der Bewirtschaftung zugerechnet werden. Andererseits gibt es einen realen Aufgabenzuwachs. Dieser resultiert im Wesentlichen aus der Übertragung der Bewirtschaftungsaufgaben für weitere Liegenschaften des Landesbetriebes für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN-SH), aus der Bewirtschaftung der neu errichteten BOS-Digitalfunkstationen sowie aus der Übernahme weiterer Aufgaben aus dem Bereich der Justizvollzugsanstalten.

Bewirtschaftungsvolumen nach Kostengruppen in Millionen Euro



Allgemeine Hausmeister-, Hausarbeiter- und Haushandwerkeraufgaben

Hierzu gehören insbesondere die hausinternen Transportarbeiten, die Unterstützung von Veranstaltungen und diverse handwerkliche Arbeiten für die Nutzer der Liegenschaften. Diese Leistungen wurden in 2013 zu rund 80 Prozent durch liegenschaftsvertrautes Personal der GMSH erbracht. Diese Strategie ermöglicht es, aus den örtlichen Hausmeisterschwerpunkten heraus jeweils mit geringem Steuerungsaufwand flexibel und zeitnah auf wechselnde Leistungsanforderungen zu reagieren.

Reinigungsdienste

In ihrer Ausrichtung als Leistungsentwickler und Leistungssteuerer stellt die GMSH die Reinigung der Landesliegenschaften sukzessive auf Fremdreinigung

um. Dies erfolgt im Rahmen der natürlichen Fluktuation und stets ausgehend von der Vollausslastung des eigenen Personals. Der Anteil der Fremdreinigungskosten an den Gesamtreinigungskosten lag 2013 bei rund 74 Prozent. Für 96 Liegenschaften mit rund 150.000 Quadratmetern Fläche hat die GMSH in 2013 die Reinigung neu ausgeschrieben und mit dem Ziel der Kostenoptimierung dabei auch die zur Anwendung kommenden Reinigungsstandards angepasst.

Pflege der Außenanlagen

Die Leistungen in der Außenanlagenpflege erfolgten zu einem Kostenanteil von rund 28 Prozent mit eigenem Personal. Auch in diesem Bereich wurden in 2013 Pflege- und Winterdienstleistungen an veränderte Bedarfe angepasst und neu ausgeschrieben. Zu den Aufgaben gehört im Rahmen der allgemeinen Verkehrssicherung in den Liegenschaften auch die regelmäßige Überprüfung der Standsicherheit der Bäume. Hierfür wurde als integrierter Bestandteil des vorhandenen CAFM-Systems ein elektronisches Bestandskataster mit mobiler Datenerfassung entwickelt. In 2013 konnten hiermit bereits für den überwiegenden Teil des betreuten Baumbestandes die Kontrollen und Feststellungen dokumentiert werden.

Energiemanagement / Ver- und Entsorgung

Ein Schwerpunkt war in 2013 die Erstellung des aktuellen Energieberichtes über die landesgenutzten Liegenschaften. Aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der Betriebsüberwachung behandelt der Bericht neben der Entwicklung der Energie- und Wasserverbräuche sowie der hiermit verbundenen Entwicklung der Kosten und CO₂-Emissionen auch den historischen Kontext zu den wesentlichen politischen Ereignissen und technischen Entwicklungen mit Energiebezug der vergangenen vier Jahrzehnte.

Neben der Verbrauchs-, Kosten- und Preisanalyse zeigt der Bericht eine Reihe von Handlungsfeldern auf, mit denen der Kostenanstieg gebremst werden kann. Die Kernaussage ist, dass bei Fortsetzung der bisherigen Trends die Steigerung der Energiekosten auch in den nächsten Jahren im Landshaushalt deutlich spürbar sein wird.

Jährliche Gesamtkosten für Wärme, Strom und Wasser und Abwasser



Abbildung: Prognose der Gesamtkostenentwicklung für Wärme (witterungsbereinigt), Strom und Wasser/Abwasser in den landesgenutzten Liegenschaften (ohne Kliniken und Stiftungen des Landes) auf der Basis der Preis- und Verbrauchsentwicklung der letzten zehn Jahre

Im Rahmen von regelmäßigen und anlassbezogenen Liegenschaftsbegehungen erfolgte auch in 2013 durch die Betriebsoptimierung der GMSH eine örtliche Beratung und Unterstützung der Gebäudenutzer und Betreiber zu Fragen der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung.

Im September 2013 konnte die GMSH ihre bereits sechste EU-weite Stromausschreibung erfolgreich abschließen. Für ein Gesamtvolumen von über 200 Millionen Kilowattstunden in Liegenschaften aus dem Landes- und zivilen Bundesbereich wurden hierüber für die Jahre 2014/15 erneut günstige Strompreise gesichert.

Betriebsführung von technischen Anlagen, Wartung, Inspektion und Kleinreparaturen

Die Betriebsführung der technischen Anlagen ist ein seit Jahren stetig wachsender Handlungsschwerpunkt. Die zunehmende Technisierung der Gebäude, die steigende Sensibilität bezüglich der gesetzlichen Betreiberpflichten und des Arbeitsschutzes und nicht zuletzt auch die Verbesserung der Energieeffizienz verlangen von der GMSH verstärkte Aktivitäten in diesem Bereich.

Die Aufgaben wurden 2013 zu einem Kostenanteil von rund 37 Prozent mit eigenem Personal erbracht.

Das GMSH-eigene Hausmeister- und Haushandwerkerpersonal nimmt im Schwerpunkt technische Bedienungs- und Kontrollaufgaben, kleinere Reparaturaufgaben und Störungsbeseitigungen wahr. Mit größeren Reparaturen und Wartungsaufgaben an technisch komplexen Anlagen wurden auch 2013 überwiegend Fremdunternehmen beauftragt. Die technische Bewirtschaftung gestaltet sich vergleichsweise kleinteilig.

Um die fristgerechte Durchführung von jährlich zigtausenden Inspektions-, Prüf- und Wartungsterminen besser überwachen und dokumentieren zu können, wurde in 2013 zur Unterstützung das so genannte elektronische Masterboard in Betrieb genommen. Es handelt sich hierbei um eine Entwicklung der GMSH auf der Basis ihres CAFM-Systems. Über die Verknüpfung der in der Datenbank zuvor erfassten technischen Anlagen mit Verträgen, Leistungen und Terminen wird die Transparenz in der technischen Bewirtschaftung erheblich erhöht und so die Qualität hinsichtlich der Gewährleistung der Betreiberpflichten verbessert.

Öffentliche Lasten

Zu diesem Bereich gehören im Wesentlichen die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die öffentliche Abfallentsorgung, die öffentliche Straßenreinigung sowie die Schornsteinfegergebühren. Die GMSH prüft hier die Leistungsgrundlagen der Gebühren- und Abgabenbescheide und nimmt die Zahlungsfunktion für das Land wahr.

Sonstige Bewirtschaftungsaufgaben

Die sonstigen Bewirtschaftungsaufgaben beinhalten derzeit im Wesentlichen Pförtnerdienste und Kurierdienste. Vom Kurierdienst der GMSH wurden in 2013 rund 100 Dienststellen des Landes mindestens einmal täglich angefahren.

Drittmietvertragsverwaltung, Raumbedarfsdeckung und Raumbedarfsanerkennung

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 hat die GMSH für das Land 621 (620) Mietverträge verwaltet, darunter 478 (478) Anmietungen und 143 (142) Vermietungen von Flächen und Einrichtungen. Der Vertragswert der Nettokaltmieten des verwalteten Bestandes betrug zum Stichtag rund 17,7 Millionen Euro (19,3 Millionen Euro), davon 14,9 Millionen Euro (15,0 Millionen Euro) für Anmietungen. Daneben wurden 29 Verträge für die GMSH (Anmietungen für den Eigenbedarf und Untermietverhältnisse) mit einem Vertragswert von rund 2,2 Millionen Euro verwaltet. Im Bereich der Raumbedarfsdeckung wurden 22 Aufträge des Landes mit einem Jahresmietvolumen von rund 1,2 Millionen Euro abgeschlossen.

Beschaffung

Das Geschäftsjahr 2013 verlief für den Geschäftsbereich Beschaffung sehr erfolgreich. Es war bei Kosten unterhalb der Planansätze ein deutlicher Anstieg des Beschaffungsvolumens zu verzeichnen, das störungsfrei abgewickelt wurde. Alle Kennzahlen haben sich positiv entwickelt und entsprechende Rückmeldungen der Dienststellen belegen die gute Zusammenarbeit in der täglichen Praxis.

Das Ausschreibungsvolumen im Namen und auf Rechnung der Dienststellen wurde signifikant gesteigert und erreichte mit 103,2 Millionen Euro brutto den bisher höchsten Wert (Vorjahr 72,3 Millionen Euro). Besonders erfreulich ist, dass dieses Volumen ohne Personalausweitung bewältigt werden konnte. Auch die Zahl der Ausschreibungen erreichte mit 1.031 Verfahren (2012: 1.001 Verfahren) einen neuen Höchstwert. Alle Verfahren wurden ohne jede Beanstandung erfolgreich abgewickelt. Die Erlöse aus der Durchführung von Ausschreibungen im Namen und auf Rechnung der Dienststellen lagen mit etwa 766.000 Euro deutlich über dem Vorjahreswert (2012: 671.000 Euro) und auch über den Planansätzen (700.000 Euro).

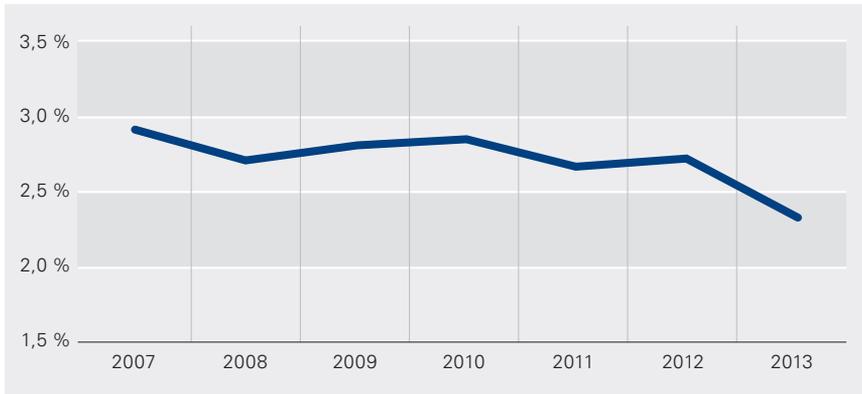
Eine ebenfalls hohe Steigerungsrate konnte die Beschaffung von Dienstleistungen aufweisen. Hier wurden mit erwirtschafteten Umsätzen in Höhe von etwa 3,8 Millionen Euro die Planansätze um nahezu 100 Prozent übertroffen. Sowohl Landesdienststellen, als auch sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung nutzen die kostensparenden Rahmenverträge der GMSH mit immer noch steigender Tendenz.

Insgesamt wurde so ein Beschaffungsvolumen (Summe aus Ausschreibungsvolumen im fremden und Einkaufsvolumen im eigenen Namen inkl. Beschaffung für die GMSH selbst) in Höhe von annähernd 135 Millionen Euro abgewickelt.

Trotz dieses hohen Beschaffungsvolumens lagen die Kosten des Bereichs unter den Ansätzen im Wirtschaftsplan. So konnte im Berichtsjahr ein positives Bereichsergebnis in Höhe von etwa 132.000 Euro erwirtschaftet werden. Dass parallel auch noch die Reklamationsquote signifikant gesenkt wurde, spricht für die Wirksamkeit der regelmäßigen Maßnahmen zur Prozessverbesserung im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems der Beschaffung und für eine fortlaufend optimierte Zusammenarbeit mit den Dienststellen. Nachfolgende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Reklamationsquote:

Reklamationsquote in Prozent der Bestellpositionen

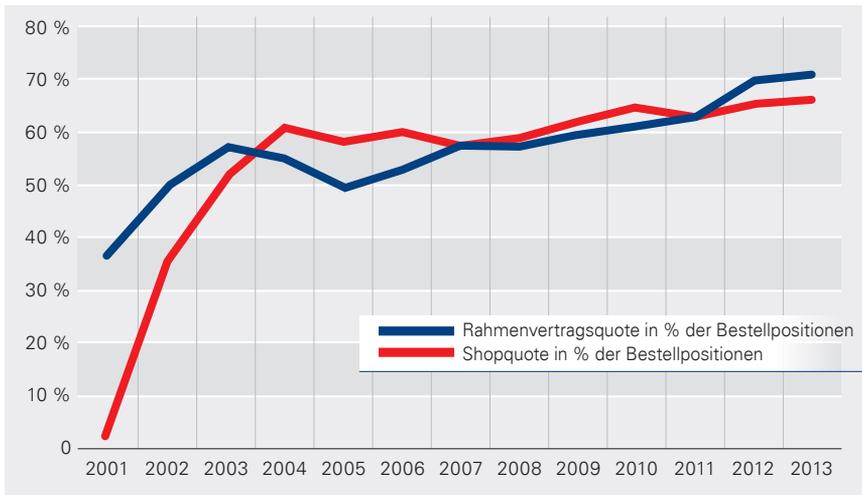
(Gesamtquote in Prozent pro Jahr)



Im Sinne der Gesamtwirtschaftlichkeit des Beschaffungsprozesses bei den Dienststellen und innerhalb der GMSH sollen hier auch weitere Kennzahlen Erwähnung finden. So wurden die Rahmenvertragsquote (Anteil der Bestellpositionen aus Rahmenverträgen) und die Online-Shop-Quote (Anteil der online erfolgten und damit papierlosen Bestellpositionen) weiter gesteigert. Beide Effekte führen zu einem Rückgang der Regiekosten.

Rahmenvertrags- und Shopquote

(Gesamtquote in Prozent pro Jahr)



Die genannten Kennzahlen liegen alle weit innerhalb der (auch in der Wirtschaft) üblichen Toleranzgrenzen. Signifikante weitere Verbesserungen sind – ohne dass ein unverhältnismäßig hoher Aufwand betrieben werden müsste – kaum mehr erreichbar.

Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Entwicklung wäre es wünschenswert, wenn das Land den Geschäftsbereich Beschaffung mit weiteren Aufgaben betrauen würde. Von der GMSH wurden hierzu wiederholt Vorschläge unterbreitet.

Im Berichtsjahr wurden neben dem Tagesgeschäft weitere besondere Projekte und Maßnahmen vorangetrieben:

Der Zuschlag für die Ausschreibung über Postdienstleistungen (Briefe und Pakete) für alle Dienststellen des Landes und zusätzlich nahezu alle Landkreise, verschiedene Städte und weitere öffentliche Unternehmen konnte erteilt werden. Die Vorbereitungen zur Ausschreibung der Endgeräte für den Digitalfunk aller Feuerwehren und Rettungsdienste konnten ebenfalls abgeschlossen werden. Der Ausschreibungsbeginn ist für Anfang 2014 geplant. Der in diesem Zusammenhang abgeschlossene Rahmenbeschaffungsvertrag mit den drei kommunalen Landesverbänden spiegelt das hohe Vertrauen in die Arbeit der GMSH wider.

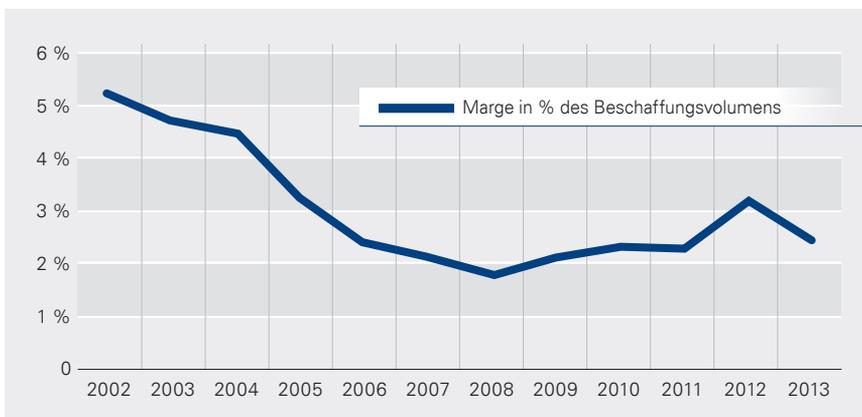
Sehr positiv ist es auch, dass die GMSH-Beschaffung immer häufiger in Anspruch genommen wird, wenn es gilt, im Land Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten, so z. B. bei der weiteren Ausrichtung der Versorgung der Dienststellen mit Leistungen der Fachkraft für Arbeitssicherheit bzw. der Arbeitsmedizin. Das umfangreiche zentral vorgehaltene Know-how des Geschäftsbereichs wird – wie im modernen Einkauf üblich – z. B. regelmäßig bei Fragen von „Make-or-buy“-Entscheidungen herangezogen.

Auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung des Aspektes Nachhaltigkeit bei der öffentlichen Beschaffung konnte das Instrumentarium der GMSH überzeugen. Abgesehen von der guten Aufstellung der GMSH – insbesondere auch dokumentiert durch ihre langjährige EMAS-Zertifizierung – sind die Zentralisierung der Aufgabe Beschaffung und die Datenhaltung in zentralen, elektronischen Systemen wichtige Elemente für die Umsetzung politischer Ziele, wie sie zum Beispiel im Tariftreuegesetz manifestiert sind. Mit Hilfe der GMSH kann über die Steuerung der standardisierten Artikellisten bei den Bedarfsträgern des Landes noch eine Vielzahl von nachhaltigen und gleichzeitig ökonomischen Beschaffungsprojekten umgesetzt werden. Die Bedeutung der GMSH in diesem Segment wird auch vor dem Hintergrund deutlich, dass sie regelmäßig von Nichtregierungsorganisationen (z. B. aus den Bereichen Kirche und Umweltschutz) als Experte für nachhaltige öffentliche Beschaffung herangezogen wird. So ist z. B. das von der GMSH im Online-Shop verwendete Baumlogo als Hinweis auf besonders nachhaltige Produkte mittlerweile landesweit bekannt, auch außerhalb der Landesverwaltung.



Wie bereits mehrfach erwähnt, folgten die anderen Bundesländer dem Vorreiter Schleswig-Holstein und haben ähnliche Modelle der zentralen Beschaffung umgesetzt, da sowohl die Wirtschaftlichkeit dieser Organisationsform regelmäßig nachgewiesen wird, als auch die Umsetzung der oben erwähnten politischen Ziele eine zentrale Organisation der Beschaffung als Voraussetzung hat. Das Land sollte in allen Ressorts dafür sorgen, dass dieser Gedanke in der eigenen Verwaltung nicht aufgeweicht wird. Die GMSH wiederum sorgt dafür, dass gemeinsam mit den Dienststellen weitere Erfolge erzielt werden können. Gerade die Einrichtung von sogenannten Key-Account-Betreuern im Geschäftsbereich Beschaffung hat sich dabei sehr bewährt. Die regelmäßige Präsenz dieser Betreuer von Schlüsselkunden vor Ort hat Vertrauen geschaffen, Netzwerke entstehen lassen und eine Zusammenarbeit gefördert, deren positive Entwicklung sich auch in der Reklamationsstatistik ablesen lässt.

Während nunmehr die meisten Bedarfe des Landes durch die GMSH beschafft werden, besteht seitens der sonstigen Träger ein immer noch zunehmendes Interesse an der Zusammenarbeit mit der GMSH. Dies ist eine Erklärung für die oben genannte starke Zunahme des Beschaffungsvolumens. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht den Rückgang der zur Deckung der Regiekosten erforderlichen Marge bei zunehmenden Beschaffungsvolumina.



Vor diesem Hintergrund hat auch der Finanzausschuss des Landtages die Feststellung getroffen, die GMSH möge ihre Anstrengungen, auch für die Kommunen tätig zu werden, noch verstärken.

Auch die seit mehr als zwei Jahren störungsfrei laufende elektronische Vergabeplattform der GMSH gerät vor dem Hintergrund der Veränderung des EU-Rechts bezüglich der Nutzung elektronischer Ausschreibungen (ab 2016 beginnt eine Umstellungsphase, die alle öffentlichen Träger zur verstärkten Nutzung elektronischer Ausschreibungen verpflichtet) immer mehr in den Fokus der Kommunen. Diese verfügen weder über Know-how, noch über Sachmittel, jeweils eigene Plattformen zu implementieren. Es ist aber gerade für kleine und mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein wichtig, möglichst nur eine Technologie bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen bedienen zu müssen. Die von der GMSH entwickelte Vergabeplattform wird von den Marktteilnehmern rege in Anspruch genommen. Die Anfragen der Kommunen zeigen, dass hier Interesse an der Inanspruchnahme von Leistungen der GMSH besteht, dem die GMSH mit entsprechenden Angeboten begegnen wird. Auch hier gilt, dass die Beteiligung vieler zur Senkung der jeweils anteiligen Kosten führen wird.

Insgesamt liegt also ein sehr interessantes Gesamtangebot der GMSH vor, das eine sinnvolle Unterstützung der Kommunen durch das Land darstellen kann und gleichzeitig zu sinkenden Prozesskosten – auch beim Land – führt. Diese Win-win-Situation sollte nun erschlossen werden.

Die GMSH plant bei der weiteren Entwicklung des Drittgeschäfts in der Beschaffung mittelfristig mit einer weitgehend unveränderten Ausstattung an Personal und Sachmitteln, da – bedingt durch den sehr hohen Automatisierungsgrad – weitere Kunden ohne größere Mehrbelastung aufgenommen werden können.

Das Land kann die Gesamtwirtschaftlichkeit der Beschaffung auch dadurch weiter steigern, dass es für eine noch konsequentere Inanspruchnahme der zentralen GMSH-Beschaffung durch die Landesdienststellen sorgt, die eigenen Standards (auch im Sinne einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung) noch enger fasst und für die GMSH als Aushängeschild moderner Verwaltung in Schleswig-Holstein wirbt, da dies über den Zugewinn an neuen Kunden für alle Beteiligten unweigerlich zu weiteren Kostensenkungen führen wird.

Lagebericht



Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die GMSH ist eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts mit Sitz in Kiel. Alleiniger Anteilseigner ist das Land Schleswig-Holstein. Der Aufgabenumfang richtet sich nach dem Gesetz zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSHG). Danach ist die GMSH als Organ des Landes und des Bundes zur Wahrnehmung staatlicher Bauherren- und Planungsaufgaben in Schleswig-Holstein tätig. Sie ist ebenfalls als Organ des Landes für die Verwaltung und Bewirtschaftung des Landesliegenschaftsbestandes verantwortlich. Weiterhin ist die GMSH zuständig für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen der Landesbehörden in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus bietet die GMSH ihre Leistungen sonstigen Trägern der öffentlichen Verwaltung an.

II. Wirtschaftsbericht

II. 1. Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Der Aufgabenumfang ist durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen vorgegeben und hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Das Auftragsvolumen der in Organleihe durchgeführten Tätigkeiten für den Bund und das Land Schleswig-Holstein wird wesentlich durch die Ausrichtung der Haushalte von Land und Bund beeinflusst und stand im Jahr 2013 wie im Vorjahr unter dem Vorzeichen der Haushaltskonsolidierung.

Die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen im eigenen Namen für die Dienststellen des Landes und andere Träger der öffentlichen Verwaltung erfolgt zum überwiegenden Teil als Beistandsleistung gegenüber anderen Hoheitsbetrieben in der nicht steuerbaren Sphäre der GMSH.

Das Geschäftsjahr 2013 entwickelte sich für die GMSH insgesamt erwartungsgemäß und schloss planmäßig mit einem leicht positiven Ergebnis ab. Die Entwicklung der Leistungsindikatoren, wie Umsatzerlöse und Jahresüberschuss, wird in der Ertragslage dargestellt. Für den Organleihebereich werden die Erträge aus den Ist-Kostenerstattungen sowie Bauvolumina und Gesamtbewirtschaftungskosten als solche herangezogen.

II. 2. Ertragslage

Die Erledigung der Bauaufgaben für den Bund und das Land sowie der Bewirtschaftungsaufgaben für das Land in Organleihe gegen Ist-Kostenerstattung führt grundsätzlich zu einem ausgeglichenen Ergebnis. Diese Kostenerstattungen fließen nicht in die Umsatzerlöse ein, sondern schlagen sich in den sonstigen betrieblichen Erträgen nieder.

Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Beschaffung von Bedarfsmaterial und Dienstleistungen sowie die Durchführung von Ausschreibungen

für das Land Schleswig-Holstein und andere Träger öffentlicher Verwaltung. Darüber hinaus fließen in geringem Umfang Erlöse aus der Durchführung von Bauaufgaben für andere Träger der öffentlichen Verwaltung ein. Die Umsatzerlöse stiegen im abgelaufenen Jahr um 7,3 % von 31,6 Mio. € auf 33,9 Mio. €. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen war ein leichter Anstieg von 2,1 Mio. € auf 73,4 Mio. € zu verzeichnen. Diese Position umfasst nahezu ausschließlich die Kostenerstattungen für die Wahrnehmung der Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben des Landes sowie der Bauaufgaben des Bundes und der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf.

Der Materialaufwand ist um 1,9 Mio. € auf 30,6 Mio. € gestiegen und beinhaltet korrespondierend zu den Umsatzerlösen fast ausschließlich den Einkauf von Waren und Dienstleistungen für die Durchführung der Beschaffungsaufgaben.

Die Personal- und Sachaufwendungen beliefen sich im Jahr 2013 auf 73,1 Mio. € nach 70,5 Mio. € im Jahr 2012. Bei nahezu gleichbleibendem durchschnittlichem Personalbestand liegt der Anstieg in Höhe von 3,7 % begründet in der Tarifierhöhung von 2,65 %, sowie in dem gestiegenen Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen.

Die Zinserträge sind aufgrund der im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin rückläufigen Zinssituation an den Geld- und Kapitalmärkten von 0,8 Mio. € auf 0,7 Mio. € leicht gesunken.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt für das Jahr 2013 mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 0,12 Mio. € ab.

Bei der Betrachtung der **Einzelbereiche** ergibt sich folgendes Bild:

Der Geschäftsbereich **Gebäudebewirtschaftung** hat seiner Aufgabenstellung entsprechend ebenso wie auch in den Vorjahren die Optimierung aller operativen Bewirtschaftungs- sowie auch der Regieleistungen fortgesetzt. Nach Realisierung der wesentlichen Kosteneinsparmöglichkeiten in den vergangenen Jahren stand im Berichtsjahr erneut das Ziel im Vordergrund, nach Möglichkeit die unausweichlichen Preis- und Tarifsteigerungen durch weitere Optimierungsmaßnahmen zu dämpfen.

Die Bewirtschaftungsleistungen für das Land Schleswig-Holstein werden auf Basis des geschlossenen Verwaltungsabkommens seit dem 01.01.2011 in Organleihe ausgeführt.

Die Anzahl der bewirtschafteten Liegenschaften stieg dabei von 638 in 2012 auf 741 im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die bewirtschaftete Fläche erhöhte sich um 116.212 m² auf 1.272.213 m². Die Gesamtbewirtschaftungskosten beliefen sich in 2013 auf 76,8 Mio. € einschließlich Mietaufwendungen in Höhe von 14,7 Mio. € für Drittanmietungen.

Bewirtschaftungsleistungen für Dritte im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art wurden in 2013 nicht erbracht.

Der Bereich Gebäudebewirtschaftung weist in dem Jahr 2013, bei Gesamterträgen für die erbrachten Bewirtschaftungs- und weiteren Leistungen von 20,3 Mio. € nach 20,4 Mio. € im Vorjahr, ein ausgeglichenes Ergebnis auf.

Die **Baubereiche** haben die Bauaufgaben weiterhin zum weitaus überwiegenden Teil in Organleihe und nur in sehr geringem Umfang als Beistands-

leistungen für Hoheitsbetriebe anderer öffentlicher Träger bzw. im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art erbracht. Entsprechend den in den Verwaltungsabkommen mit den Organentleihern getroffenen Vereinbarungen erfolgt die Kostenzuordnung auf der Grundlage der projektbezogen nachgehaltenen tatsächlich eingesetzten Kapazitäten, die über Stundenaufschreibungen erfasst werden. Die Kostenzuordnung nach dem vorstehend beschriebenen Verfahren erfolgt auch für alle im eigenen Namen erbrachten Leistungen. Während die Kosten für die in Organleihe wahrgenommenen Bauaufgaben durch die Organentleiher erstattet werden, ergibt sich das Ergebnis der sonstigen Bauaktivitäten aus der Gegenüberstellung der Kosten und der Erlöse. Das Ergebnis der Baubereiche ist vor diesem Hintergrund in dem Berichtsjahr nahezu ausgeglichen.

Wie im Vorjahr setzte sich im **Landesbau** vor dem Hintergrund des Konsolidierungspfades des Landes die Entwicklung des sinkenden Bauvolumens im Einzelplan 12 des Haushaltes (Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes) fort. Demgegenüber stehen erhebliche Aufgabenzuwächse durch ressortfinanzierte Aufträge, durch die von der Landesregierung aufgelegten Sonderprogramme und durch die im Bereich des Universitätsklinikums vorgesehenen Baumaßnahmen. Aufgrund dessen wurde für das Jahr 2013 insgesamt von einem weitgehend unveränderten Bauvolumen im Vergleich zum Vorjahr ausgegangen. Die Gesamtbauausgaben des Landes sanken jedoch unerwartet von 103,5 Mio. € in 2012 auf 93,4 Mio. € im Berichtsjahr ab. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um zeitliche Verschiebungen der Bauvolumina sowohl im Bereich des Universitätsklinikums als auch im Bereich der neu aufgelegten Sonderprogramme. Das Berichtsjahr war insofern durch die vorlaufenden umfangreichen planerischen Tätigkeiten geprägt. Erst die Realisierung dieser Baumaßnahmen in den Folgejahren wird zu den entsprechenden Bauausgaben führen.

Neben den Organleiheerträgen in Höhe von 26,4 Mio. € (Vorjahr: 25,1 Mio. €) erzielte der Bereich Landesbau in geringem Umfang Umsatzerlöse aus Beistands- und BgA-Tätigkeiten von insgesamt 0,2 Mio. €, die in 2013 zu einem leicht negativen Ergebnis führten.

Im Geschäftsbereich **Bundesbau** wurden die in den Mittelabflussbesprechungen abgestimmten Bauausgabenziele in der Summe erreicht. Insgesamt beliefen sich die Bauausgaben im Bundesbau im Jahr 2013 auf ca. 70,6 Mio. €. Das Ausgabevolumen lag damit mit ca. 2,8 Mio. € leicht unter dem des Vorjahres (ca. 73,4 Mio. €). Dem Einbruch der Bauausgaben im Vergleich zu 2011 (91,9 Mio. €) begegnete der GBB mit der Erhöhung der Eigenerledigungsanteile bei Kleinen Baumaßnahmen. Ein längerfristiger Personaleinsatz, z. B. für die Eigenerledigung der Baudurchführung bei Großen Baumaßnahmen, wurde jedoch vermieden, um bei zukünftig wieder anwachsendem Auftragseingang flexibler reagieren zu können.

Der Bereich Bundesbau erreichte bei Erträgen und Aufwendungen von jeweils 26,6 Mio. € (Vorjahr: 25,9 Mio. €) ein vollständig ausgeglichenes Ergebnis. Davon entfielen auf Maßnahmen ohne Baubezug 8,3 Mio. € (Vorjahr: 8,4 Mio. €).

Der Umsatz des Bereiches **Beschaffung** mit Waren und Dienstleistungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung mit dem Land und mit anderen Hoheitsträgern lag in dem Jahr 2013 mit 32,9 Mio. € über dem Wert des Vorjahres von 30,8 Mio. €. Die gemäß Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 erwarteten Umsätze in Höhe von 31,7 Mio. € wurden damit leicht übertroffen. Die Erlöse für die Durchführung von Ausschreibungen konnten um 21,4 % von 0,68 Mio. € im Vorjahr auf 0,82 Mio. € gesteigert werden. Hierbei wurde ein Ausschreibungsvolumen von 103,2 Mio. € nach 72,3 Mio. € abgewickelt. Das Ergebnis des Bereiches Beschaffung lag mit 132,0 Tsd. € über dem Vorjahresergebnis (-29,7 Tsd. €) und über dem Planwert in Höhe von 12,5 Tsd. €.

Das „**sonstige betriebliche Ergebnis**“ der GMSH erreichte in dem Berichtsjahr 1,7 Tsd. €.

II. 3. Finanzlage

Die **Bilanzsumme** der GMSH beläuft sich per 31.12.2013 auf 118,9 Mio. €, gegenüber dem Stand per 31.12.2012 mit 109,9 Mio. € ergibt sich damit ein Bilanzsummenanstieg um 9,0 Mio. € bzw. 8,2 %.

Die GMSH verfügt im Berichtsjahr unverändert über ein gezeichnetes Kapital von 8 Mio. €. Die Rücklagen betragen wie im Vorjahr 6,2 Mio. €. Die Eigenkapitalquote ging aufgrund des Bilanzsummenanstiegs von 13,2 % auf 12,3 % leicht zurück.

Die Rückstellungen haben sich in dem Berichtsjahr per Saldo um 6,2 Mio. € erhöht, wobei einem Anstieg der Rückstellungen für Beamtenpensionen um 6,4 Mio. € sowie für Beihilfeverpflichtungen um 0,4 Mio. € eine Reduzierung der Rückstellungen für Altersteilzeit um 0,6 Mio. € – im Wesentlichen aufgrund des Auslaufens der Altersteilzeitregelungen für Tarifbeschäftigte zum Jahresende 2009 – gegenübersteht. Die in dem Jahr 2010 erstmals anzuwendenden Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes haben sich in dem Jahr 2013 unverändert mit Zusatzaufwendungen von etwa 0,5 Mio. € bei den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen bzw. anteilig auf die Erhöhung des Erstattungsanspruchs ausgewirkt. Der erhebliche Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen liegt ursächlich im weiteren Absinken des maßgeblichen Rechnungszinses.

In der Position „Verbindlichkeiten“, die sich um 2,7 Mio. € erhöht hat, schlagen sich auch die Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Land aus der Abrechnung der in Organleihe wahrgenommenen Bau-, Bewirtschaftungs- und Serviceaufgaben sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nieder.

Die Gegenposition zu den vorstehend aufgeführten Rückzahlungsverpflichtungen – ebenso wie für die Rückstellungspositionen – stellen die Bankguthaben dar.

II. 4. Vermögenslage

Der Bilanzsummenanstieg ergibt sich auf der Aktivseite sowohl aus der Entwicklung der Positionen des Anlagevermögens als auch des Umlaufvermögens. Das Anlagevermögen stieg um 0,8 Mio. € auf 3,5 Mio. € an, da die Zugänge im Bereich der Sachanlagen die planmäßigen Abschreibungen deutlich überstiegen.

Die Zunahme des Umlaufvermögens ist unter anderem zurückzuführen auf den Anstieg der „Guthaben bei Kreditinstituten“ um 5,1 Mio. € auf 73,5 Mio. €. Die zusätzlichen Bankguthaben stellen die Gegenpositionen zu dem Anstieg der Rückstellungspositionen dar.

Mit den insgesamt zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln ist die GMSH jederzeit in der Lage, ihre Zahlungsverpflichtungen fristgerecht zu erfüllen.

Die Position „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ hat sich gegenüber dem Vorjahreswert (38,2 Mio. €) auf 41,3 Mio. € erhöht. Die in dieser Position erfassten Erstattungsansprüche der GMSH gegenüber dem Land für die zum Zeitpunkt des seinerzeitigen Übergangs der Beamtinnen und Beamten von Land auf die GMSH bestehenden Pensionsansprüche erhöhten sich, ebenfalls resultierend aus dem Absinken des maßgeblichen Referenzzinssatzes, um 2,2 Mio. € auf 36,9 Mio. €.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft sind geordnet.

III. Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2013 haben sich nicht ergeben.

IV. Risiko- und Chancenbericht

Die Gesellschaft hat für alle erkennbaren Risiken durch ausreichend bemessene Rückstellungen Vorsorge getroffen. Das Unternehmen hat ein an dem Risikogehalt der Geschäftstätigkeit ausgerichtetes Risikomanagementsystem implementiert, das fortlaufend aktualisiert wird. Bei der Beurteilung der Risiken des Unternehmens ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die GMSH nahezu ausschließlich für den Bund, das Land und dem Land zuzurechnende Einheiten in Organleihe gegen Istkosten-Erstattung und darüber hinaus im Rahmen von Beistandsleistungen für sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung tätig ist. Das betriebliche Rechnungswesen und das Unternehmenscontrolling der GMSH sind zentral im Finanzbereich angesiedelt und direkt der Geschäftsführung unterstellt. Alle Geschäftsvorfälle werden im SAP-System der GMSH erfasst und unterliegen dem einer strengen Funktionstrennung ausgerichteten Internen Kontrollsystem, welches einer regelmäßigen Überprüfung der Internen Revision unterzogen wird. Die Einhaltung des durchgängigen Vier-Augen-Prinzips in der Geschäftsbuchhaltung wird durch das im SAP-System hinterlegte umfangreiche Berechtigungskonzept sichergestellt.

Aufgrund der durch die Rahmenbedingungen vorgegebenen Geschäftstätigkeit der GMSH bestehen keine typischen Marktpreis- und Adressenausfallrisiken. Wechselkursrisiken sind durch die Beschränkung der Tätigkeiten auf das Inland ebenso ausgeschlossen wie Zinsänderungsrisiken aufgrund der Kapitalstruktur. Den Betriebsrisiken wird insbesondere durch ein umfassendes IT-Rahmen- und Sicherheitskonzept Rechnung getragen. Die nicht von den Organentleihern zu tragenden Betriebs- und Vermögensrisiken sind entsprechend versichert.

Die Chancenentwicklung ist gleichermaßen geprägt durch den gesetzlich festgeschriebenen Aufgabenumfang und die Aufgabenstruktur.

In 2014 wird für den Bereich Gebäudebewirtschaftung von einem gleichbleibenden Aufgabenvolumen ausgegangen, während für den Bereich des

Bundesbaus – wegen der baulichen Maßnahmen als Folge der Bundeswehrstrukturreform – nunmehr mit Verzögerung ein deutlicher Anstieg des Bauvolumens erwartet wird.

Nachdem im Landesbau im Jahr 2013 das geplante Aufgabenvolumen nicht erreicht wurde, wird für 2014 mindestens mit einem Anstieg auf das Niveau des Jahres 2012 und in den Folgejahren mit einer gleichbleibenden Auslastung gerechnet.

In der Beschaffung besteht weiterhin Potential für eine Aufgabenausweitung mit den sogenannten Dritten (sonstige öffentlichen Einrichtungen), so dass insgesamt noch einmal eine leichte Ausweitung des Aufgabenvolumens erwartet wird.

V. Prognosebericht

Im Umfeld der Haushaltsentwicklung des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein als zentrale Auftragsgeber wird für die GMSH von einer weiterhin stabilen Geschäftsentwicklung bei einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis in Höhe von 0,1 Mio. € ausgegangen.

Für die in Organleihe abgewickelten Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben werden für 2014 Gesamterträge in Höhe von 82,4 Mio. € erwartet; für die im eigenen Namen erbrachten Leistungen werden Umsatzerlöse von 37,9 Mio. € angestrebt.

In den Einzelbereichen werden folgende Entwicklungen erwartet:

Der Bereich **Gebäudebewirtschaftung** wird sich auch im Jahr 2014 weiter mit der Leistungs- und Kostenoptimierung in allen Tätigkeitsfeldern auseinandersetzen. Grundlage hierfür ist der jährlich aktualisierte Bewirtschaftungskatalog, der für eine klare Leistungsabgrenzung und Leistungszuordnung sorgt. Neue Ausschreibungen zur Anpassung der Verträge an veränderte Bewirtschaftungsanforderungen und damit angestrebte günstigere Vertragskonditionen sollen auch in der Zukunft eine Dämpfung der insbesondere vor dem Hintergrund der Energiepreisentwicklung unvermeidbaren Kostensteigerungen bewirken und so zu einer haushaltsmäßigen Entlastung der Dienststellen des Landes Schleswig-Holstein beitragen. Die verstärkte Überwachung der Einhaltung der Qualitätsstandards bei den von Dritten bezogenen Leistungen wird der Bereich Gebäudebewirtschaftung fortsetzen.

Im Zuge der Flächenoptimierung wird die GMSH das Land durch die Fortführung des Raumüberprüfungsverfahrens unterstützen.

Die Kalkulation der Gesamtbewirtschaftungskosten für 2014 beläuft sich auf 77,3 Mio. €. Für den Bereich Gebäudebewirtschaftung wird mit einem vollständig ausgeglichenen Ergebnis bei Gesamterträgen aus Organleihetätigkeiten in Höhe von 21,6 Mio. € gerechnet.

Aufgrund der gegenläufigen Tendenzen hinsichtlich der Entwicklung der Bauvolumina zwischen Kernhaushalt des Landes auf der einen Seite sowie Sonderprogrammen und Ressortfinanzierungen auf der anderen Seite wird im **Landesbau** mittelfristig insgesamt von einem eher konstanten Bauausgabenniveau ausgegangen, welches bezogen auf einen Zehn-Jahreszeitraum ca. 111 Mio. € beträgt. 2014 werden voraussichtlich erste größere Bauvolumina im Bereich der

Sonderprogramme realisiert, so dass in diesem Jahr insgesamt Bauausgaben in Höhe von 114 Mio. € anfallen werden. In den Jahren 2015 und 2016 wird mit Ausgabenspitzen gerechnet, die auf zusätzlichen Maßnahmen für das Universitätsklinikum beruhen. In diesem Zeitraum sollen die technischen Voraussetzungen für die Herauslösung und Übernahme einer Vielzahl von Gebäuden im Rahmen eines ÖPP-Verfahrens durch einen privaten Investor geschaffen werden.

Für den Bereich Landesbau wird ein ausgeglichenes Ergebnis mit Gesamterträgen in Höhe von 30,5 Mio. € erwartet.

Im Bereich **Bundesbau** ergibt sich nach Informationen des Bundes aufgrund der Umsetzung der Bundeswehrreform voraussichtlich ein starker Anstieg der Bauausgaben für die kommenden Jahre. Darüber hinaus hat der Bund zusätzliche Bauausgaben im Rahmen des Energetischen Sanierungsfahrplans Bundesliegenschaften (ESB) angekündigt, in dessen Zuge zahlreiche und umfangreiche Liegenschaftsenergiekonzepte aufgestellt werden sollen. Zu welchem Zeitpunkt aus diesem Sanierungsfahrplan Baumaßnahmen resultieren, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

Bei einem Bauausgabenziel des Bundes von 115 Mio. € sind für 2014 Gesamterträge aus der Organleihe in Höhe von 30,3 Mio. € geplant.

Der Bereich **Beschaffung** wird den Beschaffungsprozess auf weitere Optimierungspotentiale überprüfen und sich um die Gewinnung zusätzlicher Beschaffungsvolumina in der Sphäre der öffentlichen Verwaltung bemühen, um die auch vor dem Hintergrund der Sparanstrengungen des Landes zu erwartenden stagnierenden bis leicht rückläufigen Volumina zumindest auszugleichen. Außerdem wird der weitere Ausbau des Systems der Elektronischen Vergabe vorangetrieben. Insbesondere wird sich der Bereich darum bemühen, auch sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung für die Nutzung des erfolgreichen elektronischen Vergabesystems zu gewinnen. Durch die Anbindung weiterer Nutzer an das Vergabesystem werden die anteiligen Beschaffungsprozesskosten des Bereiches gesenkt und auch bei sinkender Beauftragung durch das Land ein Beitrag für die Erreichung eines ausgeglichenen Bereichsergebnisses erzielt.

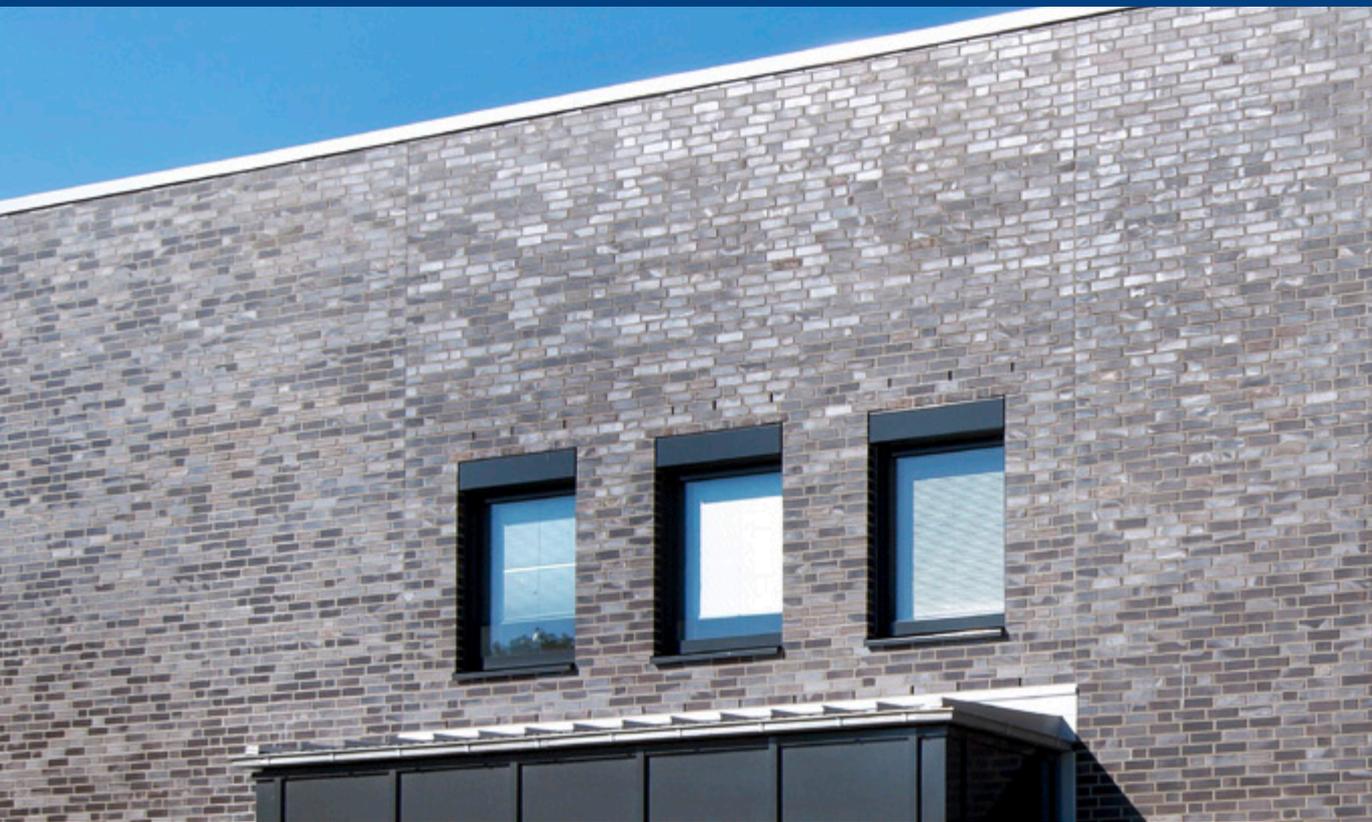
Für das Jahr 2014 wird noch einmal ein Anstieg der Umsätze aus der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen um 4,8 Mio. € auf 37,7 Mio. € für das Land und Dritte erwartet. In dem Anstieg der Umsatzerlöse schlägt sich die im 1. Quartal 2014 geplante Ausschreibung der Endgeräte für den Digitalfunk der Kreise und Kommunen nieder, die voraussichtlich zu einem Anstieg der Umsatzerlöse in den Jahren 2014 bis 2016 führt. Insgesamt wird für den Bereich Beschaffung von einem leicht positiven Ergebnis in Höhe von 80 Tsd. € ausgegangen.

Kiel, 15. Mai 2014

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Hans-Adolf Bilzhaue
Geschäftsführer

Jahresabschluss 2013



Bilanz zum 31.12.2013

Aktiva

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		308.946,00	412.794,00
II. Sachanlagen			
Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.194.729,89	2.322.449,00
		<u>3.503.675,89</u>	<u>2.735.243,00</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Unfertige Leistungen		45.537,18	133.482,78
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.883.176,48		1.442.645,35
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>39.373.557,61</u>		<u>36.720.540,28</u>
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr		41.256.734,09	38.163.185,63
T€ 36.916,1 (VJ: T€ 35.120,4)			
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten		<u>73.475.971,59</u>	<u>68.348.487,86</u>
		<u>114.778.242,86</u>	<u>106.645.156,27</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		<u>623.455,96</u>	<u>553.146,88</u>
Summe der Aktiva		<u><u>118.905.374,71</u></u>	<u><u>109.933.546,15</u></u>

Bilanz zum 31.12.2013
Passiva

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		8.000.000,00	8.000.000,00
II. Gewinnrücklagen			
1. Satzungsmaßige Rücklagen	1.920.000,00		1.920.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	<u>4.240.325,57</u>		<u>4.240.325,57</u>
		6.160.325,57	6.160.325,57
III. Bilanzgewinn		<u>512.153,25</u>	<u>389.848,96</u>
		14.672.478,82	14.550.174,53
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	70.886.005,00		64.488.540,99
2. Sonstige Rückstellungen	<u>16.986.636,00</u>		<u>17.186.475,00</u>
		87.872.641,00	81.675.015,99
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.881.592,75		1.812.891,45
2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>13.478.662,14</u>		<u>11.895.464,18</u>
davon aus Steuern EUR 507.183,53 (VJ: EUR 456.662,52)		16.360.254,89	13.708.355,63
Summe der Passiva		<u>118.905.374,71</u>	<u>109.933.546,15</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2013

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		33.947.996,00	31.648.853,57
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		-87.945,60	-36.876,17
3. Sonstige betriebliche Erträge		73.378.659,00	71.324.751,76
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Waren	27.018.205,34		25.606.454,95
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>3.607.626,68</u>		<u>3.115.550,02</u>
		30.625.832,02	28.722.004,97
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	48.475.381,53		47.031.416,81
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>14.330.371,64</u>		<u>13.340.351,06</u>
davon für Altersversorgung		62.805.753,17	60.371.767,87
EUR 5.377.826,05 (VJ: EUR 4.465.753,95)			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.071.746,22	1.356.899,26
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		10.312.885,85	10.132.857,36
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		700.468,71	781.111,75
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>2.482.035,48</u>	<u>2.657.063,07</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		640.925,37	477.248,38
11. Außerordentliche Aufwendungen		<u>495.994,00</u>	<u>495.994,00</u>
12. Außerordentliches Ergebnis		-495.994,00	-495.994,00
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-5.832,00	-87.684,05
14. Sonstige Steuern		<u>28.459,08</u>	<u>22.539,55</u>
15. Jahresüberschuss		122.304,29	46.398,88
16. Gewinnvortrag		<u>389.848,96</u>	<u>343.450,08</u>
17. Bilanzgewinn		<u>512.153,25</u>	<u>389.848,96</u>

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Alleinigere Anteilseigner ist das Land Schleswig-Holstein.

Für die Verbindlichkeiten der GMSH haftet, soweit nicht die Befriedigung aus dem Vermögen der GMSH möglich ist, das Land Schleswig-Holstein. Die staatliche Aufsicht über die GMSH führt das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein und, sofern die GMSH Aufgaben des Bundes wahrnimmt, der Bund.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die GMSH stellt gemäß § 14 Abs. 2 der Satzung i. V. m. § 65 Abs. 1 LHO den Jahresabschluss und den Lagebericht nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften auf. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Zu deren Ermittlung werden die steuerlichen Abschreibungstabellen herangezogen, soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der Bandbreite handelsrechtlich zulässiger Nutzungsdauern liegen. Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 150 € werden sofort aufwandswirksam gebucht.

Die Vorräte sind zu Herstellungskosten bewertet. In den Herstellungskosten sind Material- und Fertigungseinzelkosten und angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, verrechnet. Angemessene Teile der Kosten der allgemeinen Verwaltung sind eingerechnet. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit den Nennbeträgen bewertet.

Die Rückstellungen tragen den ungewissen Verbindlichkeiten und den sonstigen ermittelten Risiken mit dem Erfüllungsbetrag Rechnung. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Für die Ermittlung der Erfüllungsbeträge der Verpflichtungen aus Pensions-, Altersteilzeit-, Jubiläums-, Beihilfe- und Sabbatjahrsprüchen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) sowie dem Erstattungsanspruch für beim Land erworbene Versorgungsansprüche wird von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichten

maßgeblichen Rechnungszins anzuwenden (4,88 % zum 31.12.2013, 5,04 % zum 31.12.2012), der einer Restlaufzeit von 15 Jahren entspricht. Erfolge aus Zinssatzänderungen werden im operativen Ergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsrückstellungen für Beamte werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Projected Unit Credit Method) berechnet und mit dem Erfüllungsbetrag der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften bewertet. Dabei werden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet und eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von unverändert 2 % p. a. zugrunde gelegt. Der GMSH steht gegenüber dem Land Schleswig-Holstein als abgebender Dienstherr bei jedem nach Übergang auf die GMSH eintretenden Versorgungsfall ein Anspruch auf die Versorgungsteile zu, die aus beim Land Schleswig-Holstein abgeleisteten ruhegehaltsfähigen Dienstzeiten resultieren. Als Erstattungsanspruch wird der Wert aktiviert, der sich als Differenz zwischen dem Erfüllungsbetrag der zu leistenden vollen Versorgungsbezüge und dem Erfüllungsbetrag des von der GMSH übernommenen Anteils, bezogen auf den Beginn des Dienstverhältnisses bei der GMSH, ergibt.

Für Dienstherrnwechsel seit dem 01.01.2011 ist die Berechnung des Erstattungsanspruchs nach dem Versorgungslastenteilungsgesetz vom 03.06.2010 vorgesehen. Das am 23.01.2013 beschlossene Haushaltsbegleitgesetz 2013 sieht jedoch mit Wirkung vom 31.12.2012 für alle bis zum 31.12.2010 vom Land in den Dienst der GMSH übernommenen Beamte eine Rückkehr zur Anwendung des § 107b Beamtenversorgungsgesetzes in der bis zum 31.12.2010 geltenden Fassung vor. Alle vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2012 vorgenommenen Versorgungslastenteilungen nach dem Versorgungslastenteilungsgesetz sowie alle zukünftigen Dienstherrnwechsel bleiben hiervon unberührt. Das Versorgungslastenteilungsgesetz findet ebenfalls auf alle bis zum 31.12.2010 von anderen Dienstherrn als dem Land Schleswig-Holstein übernommenen Beamten und für abgehende Beamte Anwendung. Die Bewertung des Erstattungsanspruches erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Projected Unit Credit Method).

Der für die Versorgungsverpflichtungen nach den Vorschriften des BilMoG zum Stichtag 01.01.2010 zu ermittelnde Unterschiedsbetrag betrug unter Anwendung des hierfür maßgeblichen Zinssatzes in Höhe von 5,25 % 20.722 Tsd. €. Der auf die Erstattungsansprüche der GMSH an das Land Schleswig-Holstein entfallene Unterschiedsbetrag belief sich auf 13.282 Tsd. €. Die GMSH macht von dem Wahlrecht Gebrauch, den Unterschiedsbetrag bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln. Zum 31.12.2013 ergibt sich ein noch nicht in der Bilanz ausgewiesener Rückstellungsbetrag in Höhe von insgesamt 15.196 Tsd. €. Der entsprechende nicht ausgewiesene Erstattungsanspruch an das Land beträgt 9.740 Tsd. €.

Den Angestellten und Arbeitern der GMSH wird eine Zusatzversorgung nach den Regeln im öffentlichen Dienst gewährt, die über die Zusatzversorgungskasse des Bundes und der Länder (VBL) abgewickelt wird. Die Zusatzversorgung umfasst eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente sowie ein Altersruhegeld und Hinterbliebenenversorgung, für die eine Wartezeit von 60 Monaten

erfüllt sein muss. Die von der VBL erhobene Umlage bemisst sich nach dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Mitarbeiter. Die der Bemessung zugrunde liegende Gehalts- und Lohnsumme betrug in 2013 43.231 Tsd. €. Die Umlage ist für 2013 mit 7,86 % festgesetzt worden, von denen 1,41 Prozentpunkte vom Arbeitnehmer zu tragen sind. Ein Sanierungszuschlag wurde für das Jahr 2013 vorab nicht erhoben. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis sind die aus dieser Zusatzversorgung resultierenden Verpflichtungen der GMSH nicht passiviert.

Für die bestehenden Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen mit Angestellten und Beamten wurden Rückstellungen ebenfalls nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei werden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet und eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von unverändert 2 % p. a. zugrunde gelegt. Anspruchsgrundlage für Angestellte, die unter den BAT fielen, war der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit vom 22.05.1998 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 2 vom 30.06.2000. Seit dem 01.01.2010 ist eine Inanspruchnahme von Altersteilzeit für Angestellte nicht mehr möglich. Beamte konnten gem. § 88a Abs. 3 Landesbeamtengesetz bis zum 31.12.2009 eine Teilzeitbeschäftigung von 50 % eingehen, danach gilt § 63 Landesbeamtengesetz mit einer Altersteilzeitbeschäftigung von 60 %.

Die Berechnung der Jubiläumsverpflichtungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Projected Unit Credit Method). Dabei werden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet und eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von unverändert 2 % p. a. zugrunde gelegt. Bei der Berechnung der Beihilfeverpflichtungen finden ebenfalls die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 Anwendung. Die Höhe der Verpflichtungen wird aus den Erfüllungsbeträgen der Pensionsverpflichtungen abgeleitet. Die Berechnung der Sabbatjahrverpflichtungen erfolgt zum Barwert bei einer erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung von unverändert 2 % p. a..

Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

C. Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Entwicklung des Anlagevermögens

Alle Angaben in Tsd. €	Anschaffungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen kumuliert	Buchwert zum 31.12.2013	Abschreibungen laufendes Jahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.652,5	211,0	0,0	0,0	3.554,6	308,9	314,8
II. Sachanlagen							
Möbel und Büroausstattung	1.897,1	245,4	5,3	0,0	1.266,7	870,5	119,6
Büromaschinen	119,5	4,5	0,0	0,0	98,2	25,8	7,3
sonst. Kommunikation	232,3	0,0	2,7	0,0	226,1	3,5	2,1
Meß- und andere technische Geräte	713,2	20,2	0,0	0,0	600,6	132,8	56,7
Werkstattbedarf/ Werkzeuge	165,2	8,4	0,5	0,0	143,3	29,8	5,3
Wertaufbewahrungseinrichtungen	20,0	0,0	0,0	0,0	14,2	5,8	1,1
Bewirtschaftungsgeräte	999,1	36,3	4,6	0,0	718,6	312,2	73,0
Kraftfahrzeuge	854,9	553,2	202,2	0,0	442,1	763,8	128,0
Kurierfahrzeuge	307,1	0,0	25,3	0,0	163,1	118,7	35,6
sonstiger Fuhrpark	417,7	89,0	0,5	0,0	351,9	154,3	35,4
DV-Hardware	4.573,4	676,5	267,2	0,0	4.205,1	777,6	292,8
andere geringwertige Wirtschaftsgüter	33,8	0,0	0,4	0,0	33,4	0,0	0,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.333,3	1.633,5	508,7	0,0	8.263,3	3.194,8	756,9
	13.985,8	1.844,5	508,7	0,0	11.817,9	3.503,7	1.071,7

2. Eigenkapital

Alle Angaben in Tsd. €	Eigenkapital 01.01.2013	Ausschüttungen	Zuführungen / Entnahmen	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	Eigenkapital 31.12.2013
I. Gezeichnetes Kapital	8.000,0	0,0	0,0	0,0	8.000,0
II. Gewinnrücklagen					
1. Satzungsmäßige Rücklage	1.920,0	0,0	0,0	0,0	1.920,0
2. Andere Gewinnrücklagen	4.240,3	0,0	0,0	0,0	4.240,3
III. Bilanzgewinn	389,8	0,0	0,0	122,3	512,1
	14.550,1	0,0	0,0	122,3	14.672,4

3. Rückstellungen

Alle Angaben in Tsd. €	01.01.2013	Unterschied BilMoG	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Zinsen	Stand 31.12.2013
1. Pensionsrückstellungen	64.488,5	1.381,4	0,0	0,0	993,6	4.022,5	70.886,0
2. Sonstige Rückstellungen							
Altersteilzeit	5.688,3	0,0	1.494,2	0,0	629,8	271,8	5.095,7
Urlaub-, Zeitguthaben u. Jubiläumsverpflichtungen	2.660,8	0,0	0,0	38,0	22,9	9,5	2.655,2
Beihilfeverpflichtungen	8.394,6	0,0	277,4	0,0	238,9	416,1	8.772,2
Andere Rückstellungen	442,8	0,0	132,1	12,7	160,3	5,2	463,5
	81.675,0	1.381,4	1.903,7	50,7	2.045,5	4.725,1	87.872,6

4. Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten:

Alle Angaben in Tsd. €	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	2.881,6 (1.812,9)	2.881,6 (1.812,9)
2. Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	13.478,7 (11.895,5)	13.478,7 (11.895,5)
(Vorjahr)	16.360,3 (13.708,4)	16.360,3 (13.708,4)

5. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

5.1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse betreffen mit 32.949,0 Tsd. € im Wesentlichen die Beschaffung von Bedarfsmaterial und die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Dienststellen des Landes und sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung.

Die Umsatzerlöse wurden sämtlich im Inland erzielt.

5.2. Sonstige betriebliche Erträge:

In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden Kostenerstattungen in Höhe von insgesamt 73.026,6 Tsd. € für die Wahrnehmung von Organleiheaufgaben im Namen und für Rechnung des Bundes, des Landes und der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf ausgewiesen. Hierunter fallen neben den Bauaufgaben auch die für das Land Schleswig-Holstein durchgeführten Bewirtschaftungsaufgaben.

5.3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen:

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von 2.482,0 Tsd. € betreffen ausschließlich den Saldo aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 4.725,0 Tsd. € (Vorjahr: 4.726,1 Tsd. €) und des dagegenstehenden Erstattungsanspruches für Pensionsverpflichtungen in Höhe von 2.243,0 Tsd. € (Vorjahr: 2.070,7 Tsd. €).

5.5. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis von 496,0 Tsd. € betrifft den Saldo aus der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.381,4 Tsd. € und der Erhöhung des Erstattungsanspruches von 885,4 Tsd. € aufgrund des zum 01.01.2010 gebildeten Unterschiedsbetrages gem. BilMoG. Ertragssteuerbelastungen ergeben sich daraus nicht.

6. Treuhandkonten außerhalb der Bilanz

Die GMSH führt treuhänderische Bankkonten zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen im fremden Namen für fremde Rechnung. Die im Rahmen der Betreuung von Baumaßnahmen für die Bundesrepublik Deutschland geführten Treuhandkonten weisen per 31.12.2013 ein Guthaben in Höhe von 0,5 Tsd. € aus. Für das Land Schleswig-Holstein werden Treuhandkonten zur Abwicklung von An- und Vermietverträgen und zur Durchführung von Bewirtschaftungsaufgaben in Organleihe geführt. Die Guthaben des Landes betragen per 31.12.2013 insgesamt 64,9 Tsd. €.

D. Sonstige Angaben

1. Anzahl der Beschäftigten

Im Geschäftsjahr 2013 waren im Durchschnitt 1.239 (Vorjahr: 1.242) Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 42,74 % (Vorjahr: 43,02 %).

2. Organe der GMSH

Verwaltungsrat:

Thomas Losse-Müller

Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein,
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Bernd Küpperbusch

Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Rolf Fischer

Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft
des Landes Schleswig-Holstein

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa
des Landes Schleswig-Holstein

Dagmar Streich

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Beratende Teilnehmer ohne Stimmrecht gem. § 10 Abs. 2 GMSHG:

Peter Zeineke

Vorsitzender des Personalrates der GMSH AöR

Monika Hansen (bis 14.03.2013)

Gleichstellungsbeauftragte der GMSH AöR

Maren Makait (ab 15.03.2013)

Gleichstellungsbeauftragte der GMSH AöR

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten keine Bezüge oder Sitzungsgelder.

Geschäftsführung:

Hans-Adolf Bilzhaue

3. Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt 29,5 Tsd. € und entfällt ausschließlich auf Jahresabschlussprüfungsleistungen.

4. Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Bilanzgewinn per 31.12.2013 in Höhe von 512.153,25 € auf das folgende Geschäftsjahr vorzutragen.

Im Bilanzgewinn ist ein Gewinnvortrag von 389.848,96 € enthalten.

Kiel, 15. Mai 2014

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Hans-Adolf Bilzhause
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den landesrechtlichen Bestimmungen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den landesrechtlichen Bestimmungen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 23. Mai 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Burschel
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ludwig Fink
Wirtschaftsprüfer

Gewinnverwendungsbeschluss

Auszug aus dem Protokoll der Verwaltungratssitzung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein am 1. Juli 2013 zu Punkt 2.b) der Tagesordnung

Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Verwaltungsrat fasste einstimmig folgenden Beschluss:

Der Bilanzgewinn per 31. Dezember 2013 in Höhe von 512.153,25 Euro wird auf das folgende Geschäftsjahr vorgetragen.

gez. Thomas Losse-Müller

Vorsitzender des Verwaltungsrates

Abkürzungsverzeichnis

AfB	—	Amt für Bundesbau
BAT	—	Bundes-Angestelltentarifvertrag
BauPVo	—	Bauproduktenverordnung
BgA	—	Betrieb gewerblicher Art
BilMoG	—	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BImA	—	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BMF	—	Biomedizinische Forschung
BMUB	—	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMVg	—	Bundesministerium der Verteidigung
BNB	—	Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen
BOS	—	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
CAFM	—	Computer Aided Facility Management
CAU	—	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
CBBM	—	Interdisziplinäres Zentrum für Gehirn, Hormone und Verhalten (Center of Brain, Behavior and Metabolism)
EMAS	—	Eco Management and Audit Scheme
ESB	—	Energetischer Sanierungsfahrplan Bundesliegenschaften
e-Vergabe	—	elektronische Vergabe
eVKE	—	elektronische Verwaltungskostenerstattung
FbT	—	Freiberuflich Tätige
GBB	—	Geschäftsbereich Bundesbau
GMSH	—	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts
GMSHG	—	Gesetz zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
GVV-SH	—	Grundvermögensverzeichnis Schleswig-Holstein
HBBau	—	Handbuch für die Durchführung von Bauaufgaben des Landes Schleswig-Holstein
HGB	—	Handelsgesetzbuch
HGrG	—	Haushaltsgrundsätzegesetz
HHV	—	Haushalt und Vergabe Bau
HOAI	—	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
IDW	—	Institut der Wirtschaftsprüfer
JVA	—	Justizvollzugsanstalt
KLR	—	Kosten- und Leistungsrechnung
KP II	—	Konjunkturprogramm II
LBV-SH	—	Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein
LHO	—	Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holstein
LISA	—	Liegenschaftsinformationssystem Außenanlagen
LKN-SH	—	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein
LPA	—	Landespolizeiamt
LVSH	—	Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts
MRI	—	Max-Rubner-Institut
OFD	—	Oberfinanzdirektion
ÖPP	—	Öffentlich-private Partnerschaft
PDAFB	—	Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei
PROFI	—	Programm für vorsorgende Finanzpolitik
RÜV	—	Richtlinie für die Überwachung der Verkehrssicherheit von baulichen Anlagen des Bundes
SAP BW	—	Business Warehouse
T	—	Tausend
THW	—	Technisches Hilfswerk
TTG	—	Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein
UFIS	—	Unterbringungs-Fachinformationssystem
UKSH	—	Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts
VBL	—	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VK	—	Vollkräfte
VKE	—	Verwaltungskostenerstattung
VOB	—	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF	—	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
WSA	—	Wasser- und Schifffahrtsamt
WSD	—	Wasser- und Schifffahrtsdirektion
WSV	—	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
WTD 71	—	Wehrtechnische Dienststelle für Schiffe und Marinewaffen, Maritime Technologie und Forschung
ZGB	—	Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung
ZIP	—	Zentrum für Integrative Psychiatrie

Abbildungen

Titelseite, Seite 9: Flugplatz Jagel, Neubau Halle 54CE

Umschlag innen, vorn: Muthesius Kunsthochschule Kiel

Seite 5: Jugendanstalt Schleswig, Neubau Sporthalle

Seite 41: Zivildienstschule Kiel, Energetische Ertüchtigung

Seite 49: Justiz- und Vollzugsanstalt Lübeck, Neubau Pfortengebäude

Umschlag innen, hinten: Zoll Flensburg, Energetische Ertüchtigung

Rücktitel: Fachhochschule Flensburg, Maritimes Ausbildungszentrum

Anschrift

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Gartenstraße 6, 24103 Kiel

Postfach 1269, 24011 Kiel

Telefon 0431/599-0

Telefax 0431/599-1188

mail@gmsh.de, www.gmsh.de

Impressum

Herausgeber/Redaktion:

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Gartenstraße 6, 24103 Kiel

Telefon 0431/599-0

Telefax 0431/599-1188

mail@gmsh.de, www.gmsh.de

Bildnachweis Seite 3, Thomas Losse-Müller: Olaf Bathke
alle anderen Bilder: photocompany gmbh/GMSH

Gestaltung Stefanie Bäuchler

Auflage 160

Druck L&S Digital GmbH & Co. KG, Kiel

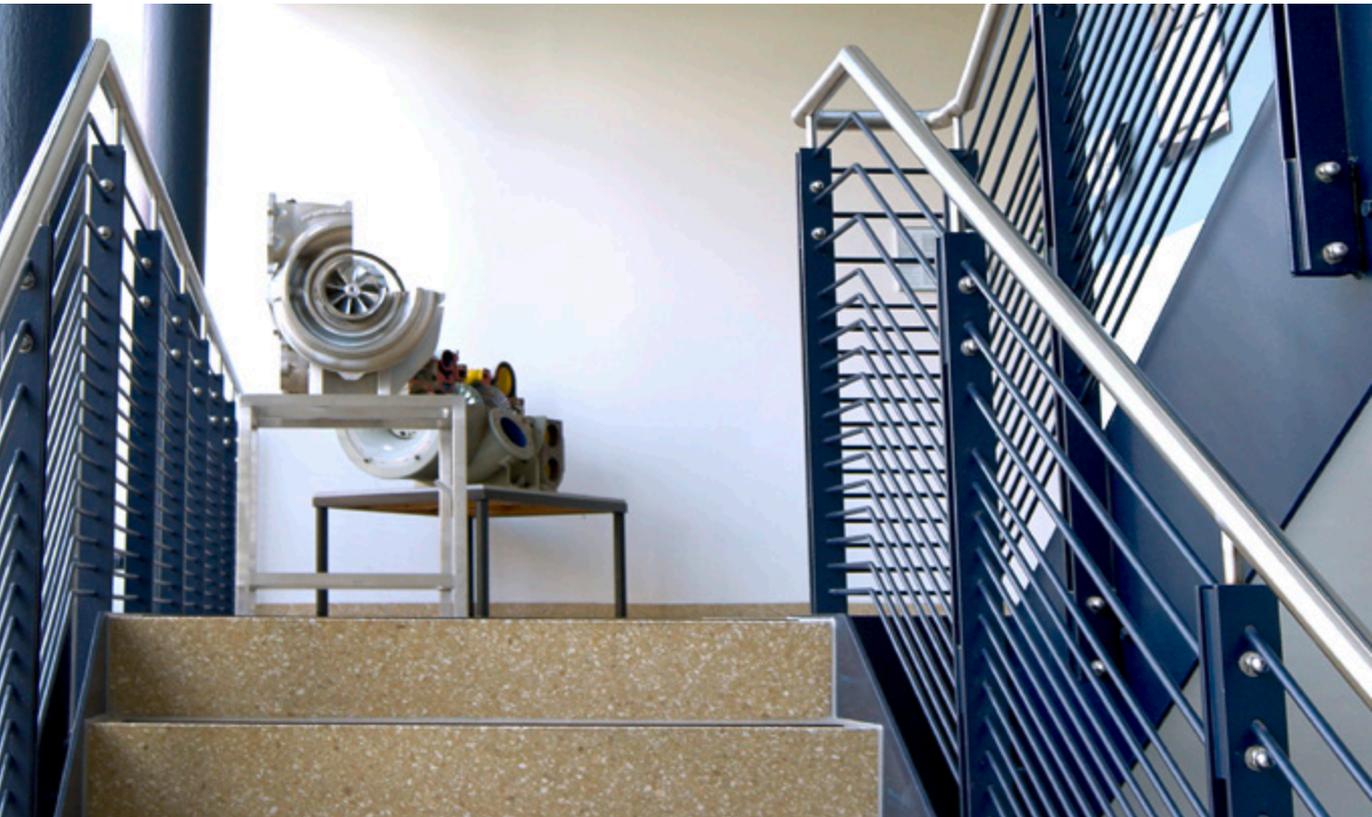
Gedruckt auf dem FSC®-zertifizierten Recyclingpapier der Sorte Envirotop
(ausgezeichnet mit dem „Blauen Engel“).





Zertifizierte Standorte:
Kiel
Lübeck
Flensburg
Büdeltsdorf

Juli 2014



Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Gartenstraße 6, 24103 Kiel
Telefon 0431/599-0, Telefax 0431/599-1188
mail@gmsh.de, www.gmsh.de

